



# ANTRAGSBUCH

24. Ordentlicher Landesparteitag  
der FDP Thüringen

9. April 2011  
Hotel „Tanne“  
Ilmenau

**ACHTUNG:**

Bitte bringen Sie dieses Antragsbuch mit  
nach Ilmenau.

# Thematische Antragsübersicht

Nr.	Antragssteller	Antragsinhalt
01	Landesvorstand	Grundsatzprogramm
<b>Bildung, Wissenschaft, Hochschule, Kunst</b>		
02	Junge Liberale	BAföG
03	Junge Liberale	Assessmentcenter
04	KV Erfurt gemeinsam mit dem LV der Liberalen Frauen, Birgit Schuster	Berufsbegleitende Qualifizierung der Thüringer Lehrerschaft
05	KV Erfurt, Peggy Katzer	Bundesweit einheitliche Prüfungsaufgaben für das Abitur
06	Maria Elisabeth Grosse, Matthias Purdel, KV-Weimar Stadt	Ablehnung der vorgestellten Schulordnung des Minister für Bildung, Wissenschaft und Kunst
07	Steffen Dreiling, Bastian Boehecke, KV Unstrut-Hainich	Zukunftssichere Bildung durch Investition
<b>Innen, Justiz, Bund, Europa</b>		
08	KV Jena, Paul Gellner, Dirk Bergner, Robert-Martin Montag	Rasseliste; Schutz vor gefährlichen Hunden mit Augenmaß
09	Junge Liberale	Altersvorsorge-Landtagsabgeordnete
10	KV SHK, KV Jena	Keine Kreisgebietsreform von „Oben“
11	KV Erfurt	E-Government Gesetz (E-GG)
<b>Wirtschaft, Arbeit, Infrastruktur</b>		
12	Junge Liberale	Flughäfen
13	KVs Jena, Saalfeld/Rudolstadt und Saale-Holzland	Fernverkehr
14	KVs Saalfeld/Rudolstadt, Jena, Weimarer Land und Saale-Holzland	Arbeitsweise LEG
15	KVs Gera, Jena und Saale-Holzland	Mitte-Deutschlandverbindung
16	LFA Wirtschaft, Thomas L. Kemmerich	40t-EuroCombi - Gigaliner als ökologische und ökonomische Alternative verstehen – Volumen statt Masse
17	LFA Wirtschaft, Patrick Kurth	„Werkstatt Ost“ statt „Aufbau Ost“
<b>Gesundheit, Familie, Gleichstellung, Soziales</b>		
18	LFA Gesundheit, Familie, Gleichstellung, Soziales	Antrag Ost - West
19	Junge Liberale	Lottomittel
20	KV Unstrut-Hainich-Kreis	Chancengleichheit für alle Bürger, aber keine Ergebnisvorgaben, auch nicht durch Geschlechterquoten
21	Dr. Harald Mertes und KV Jena	Gesundheitspolitik
22	Dr. Thomas Nitzsche und KV Jena	KitaG
23	Thomas L. Kemmerich, Andrei Hesse, KV Erfurt	Entlastung der Familien bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie
24	Thomas L. Kemmerich, Andrei Hesse, KV Erfurt	Betreuungsmöglichkeiten bedarfsgerecht schaffen bzw. ausrichten, um „Kind & Karriere“ besser vereinbaren zu können

<b>Steuern, Finanzen, Haushalt und Kommunales</b>		
25	KV Erfurt, Steffen Peter	Abschaffung der Verzinsung des Eigenkapitals für öffentlich finanziertes Anlagevermögen
26	LFA Steuern und Finanzen, Lutz Recknagel	Vereinfachung der Umsatzsteuer
27	LFA Steuern und Finanzen, Lutz Recknagel	Sichere Einnahmequelle für die Kommunen durch Ablösung der Gewerbesteuer
28	LFA Steuern und Finanzen, Lutz Recknagel	Solidaritätszuschlag abschaffen
29	LFA Steuern und Finanzen, Lutz Recknagel	Steuerreform
<b>Landwirtschaft, Forsten, Ländliche Räume, Umwelt</b>		
30	Mike Wündsich, KV Gotha	Energie
31	Mike Wündsich, Torsten Köhler-Hohlfeld, Jürgen Ehrlich, Mario Peschke, Carsten Labsch, Guido Funke, Steffi Ziegenbalg, Martin Steinbrück, Bettina Eck	Ausstieg aus der Atomenergie
32	LFA Umwelt, Landwirtschaft, Forsten	Weg mit den sinnlosen Umweltzonen
33	LFA Umwelt, Landwirtschaft, Forsten	Umbau des Hochspannungsnetzes für regenerative Ideen erleichtern
34	Patrick Kurth, Franka Hitzing	Einheitliche Sicherheitsstandards für Kernkraft in Europa
35	Dirk Bergner und Paul Gellner	Ausgleichspflanzungen extensiv nutzen – Energieholz gewinnen
<b>Änderungsanträge</b>		
001	KV Saalfeld-Rudolstadt	Ergänzung Antrag Nr. 01 um die ausdrückliche Benennung und Darstellung der 1948 gegründeten Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NDPD)

**24. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen**  
**am 9. April in Ilmenau**

---

Seite 1 von 7

ANTRAG-NR. 01

---

Antragsinhalt: Grundsatzprogramm

Antragsteller: Landesvorstand

---

Vorbemerkungen

Auf Vorschlag des Landesvorstandes und des Landesparteirates entscheidet der Landesparteitag der FDP Thüringen über den Einstieg in die Diskussion für ein Grundsatzprogramm. Dies gilt auch für die Art und Weise sowie die Ausgestaltung der Diskussion, die der Landesparteitag vorgibt. Der Landesvorstand schlägt dafür verschiedene Vorgehensweisen vor, über die der Parteitag diskutiert und entscheidet. Dies gilt für das organisatorische Vorgehen ebenso, wie für erste inhaltliche Eckpunkte, die zur Anregung der Diskussion dienen.

Ziel des Grundsatzprogramms ist es, die Besonderheiten und Alleinstellungsmerkmale der Thüringer FDP auch in Abgrenzung zur Bundespartei zu diskutieren, Kernpunkte ihrer politische Ziele darzustellen und damit - zusammenfassend - die politische DNA der Thüringer Liberalen herauszuarbeiten.

Daraus folgt, dass mit dem Grundsatzprogramm folgende Ziele verfolgt werden können:

1. Wir wollen uns über die Wurzeln des Liberalismus in Thüringen verständigen. Die eigenen Erfahrungen als Verband, die Fortschritte und Niederlagen prägen eine Partei unbeschadet ihrer weltanschaulichen Auffassung. Diese Prägungen müssen aktiv wach gehalten werden und sind nicht nur Sache der jeweiligen Zeitgenossen.
2. Wir beschreiben, wer wir Thüringer Liberalen heute sind, was die Besonderheiten des Landesverbandes Thüringen ausmacht. So haben wir uns nach der Aufbauleistung der ersten 20 Jahren gewandelt und müssen dies stärker als bisher berücksichtigen.
3. Wir wollen auf Basis dessen die Grundüberzeugungen der Thüringer FDP festhalten. Diese Grundwerte sind liberale Leitplanken, die über Wahlperioden hinausweisen. Damit sind sie notwendigerweise abstrakter als ein aus einer bestimmten Situation für eine bestimmte Periode formuliertes Wahlprogramm.

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 **I. Organisation der Grundsatzprogrammdebatte**
- 2 **Zur Koordination der Diskussion zum Grundsatzprogramm schlägt der**
- 3 **Landesvorstand verschiedene Varianten vor, über die der Landesparteitag**
- 4 **entscheidet.**
- 5 **1. Die Debatte wird organisiert von**
- 6 a) dem Landesvorstand. [oder]
- 7 b) einer Grundsatzkommission, die vom Landesvorstand eingesetzt wird, aber nicht
- 8 größer als fünf Mitglieder sein darf. [oder]
- 9 c) dem Generalsekretär. [oder]
- 10 d) dem Landesvorsitzenden. [oder]
- 11 e) einer Grundsatzkommission, die vom Parteitag namentlich bestimmt wird.

**24. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen  
am 9. April in Ilmenau**

Seite 2 von 7

ANTRAG-NR. 01

Antragsinhalt: Grundsatzprogramm

Antragsteller: Landesvorstand

1 **2. Der Zeitrahmen der Grundsatzdiskussion erstreckt sich**

2 a) bis zum nächsten Landesparteitag. [oder]

3 b) zunächst ohne zeitliche Befristung, jedoch nicht länger als bis zur Diskussion des  
4 nächsten Landtagswahlprogramms. [oder]

5 c) Es gibt keine zeitliche Befristung. [oder]

6 **3. Diskussionsrahmen**

7 a) Die Debatten sind ausschließlich in den Gremien des Landesverbandes zu führen. [oder]

8 b) Die Debatten sind in den Gremien des Landesverbandes und der Kreisverbände zu  
9 führen. [oder]

10 c) Die Debatten werden neben den Gremien auch in Diskussionsformaten durchgeführt, die  
11 ausschließlich für Parteimitglieder geöffnet sind. [oder]

12 d) Die Debatten werden neben den Gremien auch in Diskussionsformaten durchgeführt,  
13 auch für Bürgerinnen und Bürger geöffnet sind.

14 **4. Ablauf**

15 a) Über den Fortgang der Grundsatzdiskussion sind dem Landesvorstand/Parteirat nur nach  
16 Lage der Dinge bzw. neuem Sachstand vorzutragen. Dies gilt für die organisatorischen (z.B.  
17 Veranstaltungen) wie auch die inhaltlichen Entwicklungen. [oder]

18 b) Ständiger Tagesordnungspunkt bei den Sitzungen des Landesvorstandes/Parteirates wird  
19 bis zum Abschluss der Grundsatzdiskussion der Bericht des Sachstandes. Dies gilt für die  
20 organisatorischen (z.B. Veranstaltungen) wie auch die inhaltlichen Entwicklungen.

21

22 **II. Orientierungsthesen: Freiheit die wir meinen**

23 Zum Anstoßen des Diskussionsprozesses gibt der Landesparteitag folgende  
24 Orientierungsthesen mit auf den Weg. Diese dienen ausdrücklich der Diskussion und können  
25 offen diskutiert werden.

26

27 **Präambel**

28 Aus der Geschichte der vielen Thüringischen Staaten entwickelte sich im Freistaat eine bis  
29 heute erhaltene enorme Vielfalt von Kulturen, Konfessionen, Dialekten, Landschaften bis hin  
30 zur Lebensart, die unser Thüringen so einzigartig macht. Dazu gehören auch die  
31 mannigfachen Wissenschafts-, Wirtschafts- oder Kulturregionen, die zahlreich aber vor allem  
32 unterschiedlich in den Regionen des Freistaates ausgeprägt sind. Dadurch ist Thüringen mit  
33 keinem Bundesland und keiner Region in Europa vergleichbar.

34 Die Thüringer FDP sieht sich doppelt verwurzelt: Politisch im Liberalismus und regional in  
35 unserer Heimat. Liberale Politik in Thüringen ist deshalb konkret, bodenständig und  
36 bürgernah. Wir wollen, dass sich jeder bei uns in Thüringen wohlfühlen kann – egal wo er

## **24. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen am 9. April in Ilmenau**

Seite 3 von 7

ANTRAG-NR. 01

Antragsinhalt: Grundsatzprogramm

Antragsteller: Landesvorstand

1 herkommt oder wie er aussieht. Toleranz und Weltoffenheit sind die entscheidenden  
2 liberalen Kategorien. Fest und ohne Ausnahme treten wir gegen jede Form des Extremismus  
3 ein. Wir konzentrieren uns auf die Mitte der Gesellschaft und auf die Leistungsträger, die in  
4 ihrem jeweiligen Umfeld Leistung erbringen.

5 Eben weil wir Thüringen als unsere Heimat lieben, wollen wir, dass Thüringen die Heimat für  
6 jedermann werden kann. Wir Thüringer Liberale sind überzeugte Europäer. Wir bekennen  
7 uns zum Friedensprojekt Europa. Allerdings erwarten wir, dass die europäische Politik die  
8 Bedürfnisse der Regionen ernst nimmt. Was hier in Thüringen vor Ort geregelt werden kann,  
9 bedarf keiner europäischen Regelung. Dies ist zugleich Anspruch und Herausforderung:  
10 Nirgends in Deutschland passt die liberale Idee so gut wie in Thüringen: Politik muss bei den  
11 Menschen vor Ort entschieden werden und die Sprache der Thüringerinnen und Thüringer  
12 sprechen.

### 13 **Liberale Wurzeln in Thüringen**

14 1. Mitteldeutschland und damit auch Thüringen gehörten auf dem Gebiet der Deutschen  
15 Länder zu – im Rahmen der Möglichkeiten ihrer Zeit – zu den fortschrittlichen und  
16 progressiven Regionen. Die Reformation fand hier ihren Ausgangspunkt. Weimar gehörte in  
17 der Aufklärung und insbesondere in der Zeit des Sturm und Drangs zu den Kernpunkten.  
18 Auch die Deutsche Freiheits- und Einheitsbewegung ging nach den Napoleonischen Kriegen  
19 zu einem großen Teil von Thüringen aus. Die Farben Schwarz-Rot-Gold wurden erstmals  
20 durch die Urburschenschaft in Jena geschwungen. Dies lag auch daran, dass die  
21 Thüringischen Kleinstaaten auf ihren Territorien in der Regel mehr Freiheitsrechte zuließen,  
22 als andere deutsche Länder.

23 2. Die Thüringer FDP weiß um diese Wurzel des Liberalismus, auch wenn sie sich nicht  
24 auf alle Teile ihrer Geschichte beruft. Nicht auf alle Epochen der Liberalen Partei in  
25 Thüringen können wir heute stolz sein. Eine wichtige Wegmarke der Deutschen Demokratie  
26 bildete die erste parlamentarische Demokratie, die den Namen einer Thüringer Stadt trug:  
27 Weimarer Republik.

28 3. Für die Prägung der Thüringer FDP aus historischer Sicht spielen vielmehr die  
29 Ereignisse zwischen 1945 und 1955 eine große Rolle. Die Thüringer LDP war nach dem  
30 Krieg das größte politische Gegengewicht zur SED. In zahlreichen Kommunen stellten die  
31 Liberalen die Mehrheit und den Bürgermeister, im Landtag von 1946 wurde sie zweitstärkste  
32 Kraft. Aufgrund ihrer Stärke und ihrer politischen Ziele übten sowjetische Besatzung und die  
33 SED erheblichen Druck auf die LDP und Liberaldemokraten aus, samt Verhaftungen,  
34 Ausweisungen, Flucht, hohen Gefängnisstrafen und gar Todesurteilen.

35 4. Die Thüringer FDP entnimmt dieser Zeit einen wesentlichen Teil ihrer Identität. Dazu  
36 gehört aber auch das Wissen um die aus den SED-Verbrechen erfolgte Gleichschaltung, die  
37 Eingliederung in das Blockparteiensystem und die letztliche Anpassung an das totalitäre  
38 DDR-System.

39 5. Zur Identität der FDP heute gehört aber auch das Wissen um zahlreiche „stille  
40 Mitglieder“, die sich der SED-Mitgliedschaft entzogen, ohne politische Verantwortung in der  
41 DDR-LDPD zu übernehmen, sowie um die vielen Mitglieder, die sich erst mit Ende der DDR

## 24. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen am 9. April in Ilmenau

Seite 4 von 7

ANTRAG-NR. 01

---

Antragsinhalt: Grundsatzprogramm

Antragsteller: Landesvorstand

---

1 zur liberalen Partei bekannten und/oder eintraten. Die FDP hat mit der Wende und den  
2 Zusammenschlüssen der liberalen Parteien 1990 einen sehr deutlichen personellen Bruch  
3 durchgeführt, der über die Jahre anhielt. Unverkennbar haben viele Liberale die Wende  
4 politisch geprägt und Verantwortung übernommen.

5 6. Die Thüringer FDP ist aufgrund der frühen DDP-/LDP-Gründungen im Jahr 1945 eine  
6 der ältesten FDP-Landesverbände. 1990 schlossen sich die liberalen Parteien in Thüringen  
7 als erster ostdeutscher Verband zu einem FDP-Landesverband zusammen.

8 7. Diese historischen Entwicklungen tragen auch heute noch zur Identität der Thüringer  
9 FDP bei und sind Alleinstellungsmerkmale.

10

### 11 **Liberale in Thüringen**

12 1. Die Thüringer FDP speist sich aus mehreren politischen Ansichten und Prägungen,  
13 die auf einem weltanschaulichen Grundkonsens beruhen: Dem freiheitlichen Liberalismus.  
14 Aufgrund ihrer Geschichte, den Biographien seiner Mitglieder und den politischen  
15 Erfahrungen in unterschiedlichen Zeiten ist die Thüringer FDP ein mannigfaltigerer und  
16 vielfältigerer Landesverband, als dies möglicherweise andere sein können. Die Thüringer  
17 FDP ist im Schnitt der Biographien ihrer Mitglieder und der politischen Erfahrungen des  
18 Landesverbandes ein starkes Spiegelbild Thüringens. Es sind unterschiedliche  
19 gesellschaftlichen Stellungen, religiöse Bindungen, formale Bildungsabschlüsse oder  
20 persönliche Herkunft vertreten.

21 2. Im politischen System Thüringens gründet die FDP ihre Kraft und Kompetenz vor  
22 allem aus ihrer politischen Kompetenz vor Ort. Die FDP versteht sich als die Kommunalpartei  
23 in Thüringen. Wir treffen unsere Entscheidungen unabhängig von falsch verstandener  
24 Rücksichtnahme.

25 3. Die FDP Thüringen ist nach 1994 durch eine schwere Zeit gegangen und hat von  
26 Grund auf lernen müssen, auch mit bescheidenen Mitteln Politik zu machen. Deshalb sind  
27 die Thüringer Liberalen auf Kader- oder Postenpolitik nicht angewiesen. Vielmehr haben sich  
28 Liberale für die FDP vor Ort engagiert, unabhängig von den Entwicklungen auf Landes- oder  
29 Bundesebene und insbesondere unabhängig vom Gegenwind und der  
30 außerparlamentarischen Situation.

31 4. In der Thüringer FDP ist aufgrund der besonderen Erfahrungen Ende der 90er Jahre  
32 ein Zusammengehörigkeitsgefühl entstanden, dass die Zusammen- und Mitarbeit der  
33 Mitglieder befördert, weniger die interne Auseinandersetzung. Die Erfahrungen will niemand  
34 wiederholen. Sie stellen damit bei vielen Entscheidungen einen erheblichen Faktor dar.

35

### 36 **Liberale Politik in Thüringen**

37 1. Wir leben Freiheit. Wir übernehmen Verantwortung für und in der Gesellschaft. Wir  
38 definieren den Staat positiv. Wir benennen die Kernaufgaben des Freistaates. In diesen  
39 Kernaufgaben muss Thüringen stark sein. Auf diese Kernaufgaben muss Thüringen sich

## 24. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen am 9. April in Ilmenau

Seite 5 von 7

ANTRAG-NR. 01

---

Antragsinhalt: Grundsatzprogramm

Antragsteller: Landesvorstand

---

1 konzentrieren. Wer staatliche Aufgaben auch in anderen Bereichen will, schwächt den Staat  
2 in seinen Kernaufgaben und hat erhöhte Begründungspflichten.

3 2. Wir werden weniger und älter. Die demografische Entwicklung der Gesellschaft hat  
4 Auswirkungen auf alle Politikbereiche. Wir müssen uns auf die speziellen Bedürfnisse einer  
5 alternden Gesellschaft und auf die Folgen für das Gemeinwesen einstellen. Gerade deshalb  
6 ist es kein Widerspruch, wenn wir die Sorgen und Nöte der jüngeren Generation nicht aus  
7 den Augen verlieren. Die älteren Generationen haben oftmals den Verdienst des Aufbaus  
8 unseres Landes. Die jüngeren Generationen aber haben die Aufgabe, den aufgebauten  
9 Wohlstand im Interesse der freien Gesellschaft zu halten und fortzuführen. Dabei kann die  
10 jüngere Generation von den Erfahrungen der älteren Generation profitieren. Deshalb stehen  
11 die Thüringer Liberalen für eine zukunftsgerichtete Generationengerechtigkeit. Dazu gehört  
12 auch, Thüringen als Land der Einwanderung für fleißige und leistungsbereite Menschen aus  
13 Deutschland und der Welt zu öffnen.

14 3. Thüringen ist ein Kernland der Kultur und Kunst. Thüringen ist wesentlicher Teil des  
15 ‚Landes der Dichter und Denker‘. Und Thüringen war bis zum Zweiten Weltkrieg im wahren  
16 Wortsinn Wissenschaftsschmiede in Deutschland. Dieses große Erbe bedeutet eine  
17 immense Zukunftsherausforderung und damit insbesondere eine große Chance. Kultur,  
18 Kunst, Bildung, Wissenschaft, Forschung bedeuten große Investitionen, deren Gewinn sich  
19 nicht in Quartals- oder Jahresberichten herausstellt, sondern z.T. Jahrzehnte und  
20 Generationen dauert. Deshalb bedeuten Entscheidungen der Gegenwart tatsächliche  
21 Weichenstellungen für die Zukunft. In Anbetracht der bisherigen, derzeitigen und v.a. zu  
22 prognostizierenden öffentlichen Kassenlagen werden die tatsächlichen Herausforderungen  
23 deutlich. Bildung, Wissenschaft und Kultur sind Kernaufgaben des Staates. Aber: Der Staat  
24 darf nicht Monopolist auf diesen Gebieten sein. Vielmehr stehen die Thüringer Liberalen für  
25 einen Fortschritt durch öffentlich-rechtlichen und privat-rechtlichen Ausgleich.

26

27 4. Neben Bildung, Wissenschaft und Kultur sieht die Thüringer FDP in der Wirtschafts-  
28 und Mittelstandspolitik sowie in der Steuer- und Finanzpolitik ihre Kernkompetenzen. Unsere  
29 freiheitliche Gesellschaft setzt auf die dynamischen Entwicklungen der sozialen  
30 Marktwirtschaft. Für Thüringen muss noch stärker gelten: Freier und fairer Handel sind für  
31 die FDP Thüringen die Basis für den wirtschaftlichen Wohlstand. Wer Marktwirtschaft  
32 zulässt, öffnet die Tore für die Kraft der Freiheit. Freie Wirtschaft bedeutet nicht  
33 Regellosigkeit. Der Staat setzt die Rahmenbedingungen für das Handeln der  
34 Marktteilnehmer und kontrolliert die Einhaltung der „Spielregeln“. Eine staatliche Beteiligung  
35 am Markgeschehen selbst lehnen wir Thüringer Liberalen grundsätzlich ab. Es ist nicht  
36 Aufgabe des Staates über Marktchancen von bestimmten Produkten zu entscheiden. Auch  
37 bei Steuern und Finanzen geht es um Fairness und Chancen. Die öffentlichen Haushalte  
38 müssen finanziell solide arbeiten, Steuern dürfen Leistungsträger für ihren Fleiß...

39 5. Die freiheitliche Gesellschaft braucht Sicherheit. Innere Sicherheit ist wie die  
40 Rechtssicherheit eine Kernaufgabe des Staates. Der Staat muss objektive Sicherheit bieten  
41 und die grundrechtlich garantierten Rechtsgüter schützen. Sicherheit durch Schutz dieser  
42 Rechtsgüter heißt, Risiken für diese Rechtsgüter tatsächlich zu verringern. Wer die Freiheit



## 24. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen am 9. April in Ilmenau

Seite 6 von 7

ANTRAG-NR. 01

Antragsinhalt: Grundsatzprogramm

Antragsteller: Landesvorstand

1 der Sicherheit opfert, wird am Ende beides verlieren. Die Bedrohung für die grundrechtlich  
2 garantierten Rechtsgüter geht heute nicht mehr nur vom Staat selbst aus. Auch  
3 wirtschaftliche Monopolstellungen und ungehemmter Datenhunger im Internet bedrohen die  
4 grundrechtlich garantierten Rechtsgüter.

5 6. Die freiheitliche Gesellschaft entwickelt sich in einer lebendigen Demokratie. Liberale  
6 Demokratiepoltik überwindet den scheinbaren Gegensatz zwischen Bürgerorientierung und  
7 Beteiligung einerseits und effektiver Regierung und Reform andererseits. Sie löst die  
8 Blockaden von Innovation, Reform und künftigem Wohlstand auf, beschleunigt Planungen  
9 und Projekte und setzt auf institutionelle Phantasie, um die Beteiligung an der Politik sinnvoll  
10 auszuweiten. Unser Leitbild ist die Bürgerdemokratie, denn für den Fortbestand der  
11 Demokratie ist der Staat auf die Unterstützung seiner Bürger angewiesen. Demokratische  
12 Regierungsfähigkeit braucht beides: gutes Recht und guten Diskurs. Liberale  
13 Demokratiepoltik ist deshalb Ordnungspoltik für Rechtsstaat und Demokratie. Deshalb  
14 stehen wir klar für die Parlamentarische Demokratie ein.

15 7. Die freiheitliche Gesellschaft lässt sich eine Einmischung des Staates in die eigene  
16 Lebensgestaltung immer weniger gefallen. Eine offene Gesellschaft lässt sich politisch nicht  
17 einengen. Der Wunsch in unserer Gesellschaft nach Bindung und Gemeinschaft, nach  
18 Verbindlichkeit und einem Miteinander findet sich in der Institution der Familie wieder. Eine  
19 moderne Familie mit liberalen Werten ist dort, wo Menschen füreinander Verantwortung  
20 übernehmen, gemeinsame Werte leben und gegebenenfalls an Kinder weitergeben. Wir  
21 wollen echte Freiheit in der Wahl des Familienmodells gewähren und ihnen gleiche  
22 Rahmenbedingungen bieten.

23 8. Liberale Umweltpolitik setzt auf marktwirtschaftliche Rahmenbedingungen. Nachhaltigkeit  
24 muss aus Sicht der Thüringer Liberalen gelebt und nicht politisch diktiert werden. Menschen,  
25 die sich in ihrer Heimat wohl fühlen, leisten freiwillig mehr für Natur und Umwelt als grüne  
26 Öko-Bürokratie und staatliche Verbotspolitik. Deshalb setzt die FDP auf persönliche  
27 Verantwortung und die Bereitschaft zur Zusammenarbeit.

28

29 Die Thüringer FDP trägt den Anspruch, die Verpflichtung und die Verantwortung auf allen  
30 politischen Ebenen: Kommunal, Land, Bund und Europa. Wir wollen unsere Politik im  
31 Interesse der Bürger dort umsetzen. Und wir haben den Anspruch, diese Ebenen zu  
32 verbinden und nicht zu trennen. Es ist genau die Verbindung des politischen Einflusses für  
33 die Bürger auf allen Ebenen, die Gestaltungswillen entfalten lassen. Denn eine  
34 Kommunalvereinigung kann auf anderen Ebenen eben kein Einfluss geltend machen.  
35 Thüringer Liberale stehen für konkrete, bodenständige und bürgernahe Politik im Sinne der  
36 Thüringerinnen und Thüringer ein.

**24. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen  
am 9. April in Ilmenau**

---

Seite 7 von 7

ANTRAG-NR. 01

---

Antragsinhalt: Grundsatzprogramm

Antragsteller: Landesvorstand

---

Begründung:

Erfolgt mündlich

\*\*\*\*\*

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:

**24. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen  
am 9. April 2011 in Ilmenau**

---

Seite 1 von 1

ANTRAG-NR. 02

---

Antragsinhalt: Kein Ausbildungspotential verschenken – BAföG-Altersgrenze erhöhen

Antragsteller: Junge Liberale Thüringen

---

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Viele junge Menschen, die bereits über mehrere Jahre einen Beruf ausgeübt haben,
- 2 vielleicht schon eine Familie haben und sich erst danach für ein Studium entscheiden,
- 3 bekommen kein BAföG. Angesichts des Fachkräftemangels fordert die FDP Thüringen, wenn
- 4 zu erwarten ist, dass ein berufsqualifizierender Hochschulabschluss, innerhalb der
- 5 Regelstudienzeit, min. 25 Jahre vor dem gesetzlich festgelegten Renteneintrittsalter erlangt
- 6 wird, so ist Ausbildungsunterstützung nach den jeweils gültigen Bemessungssätzen des
- 7 BAföG zu gewähren.

Begründung:

Erfolgt mündlich

\*\*\*\*\*

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:

**24. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen  
am 9. April 2011 in Ilmenau**

Seite 1 von 1

ANTRAG-NR. 03

---

Antragsinhalt: Qualität der Thüringer Lehre steigern – Assessment-Center für künftige  
Lehrkräfte

Antragsteller: Junge Liberale Thüringen

---

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Die FDP Thüringen fordert die Einführung einer verpflichtenden Feststellung einer
- 2 grundlegenden Lehramtseignung im Rahmen eines Assessment-Centers. Die
- 3 Eignungsprüfung kann vor Studienbeginn oder innerhalb der ersten beiden Studiensemester
- 4 absolviert werden. Die Eignung wird Grundvoraussetzung für den Eintritt in ein Studium auf
- 5 Lehramt. Das Assessment-Center soll keine Prüfung der fachlichen Kompetenz vollziehen,
- 6 sondern sich auf für einen Lehrer wichtige Entwicklungspotentiale („soft skills“) beschränken.
- 7 Am Ende steht neben der bloßen Bescheinigung der Eignung, eine Empfehlung für
- 8 bestimmte geeignete Fachrichtungen sowie ein ergänzendes Beratungsgespräch.
- 9
- 10 Die Organisation ist dem Thüringer Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur zu
- 11 übertragen. Ausgebildete Lehrkräfte aus anderen Ländern müssen vor einer Lehrtätigkeit in
- 12 Thüringen ebenfalls ihre Eignung unter Beweis stellen.

Begründung:

Erfolgt mündlich

\*\*\*\*\*

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:

**24. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen  
am 9. April 2011 in Ilmenau**

Seite 1 von 1

ANTRAG-NR. 04

---

Antragsinhalt: Berufsbegleitende Qualifizierung der Thüringer Lehrerschaft

Antragsteller: KV Erfurt gemeinsam mit dem LV der Liberalen Frauen, Birgit Schuster

---

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Die FDP-Fraktion des Thüringer Landtages wird beauftragt, sich für eine umfassende
- 2 berufsbegleitende Qualifizierung des Lehrpersonals Thüringens zu
- 3 geschlechtsspezifischen Aspekten der kindlichen Entwicklung einzusetzen

Begründung:

Kinder haben wissenschaftlich nachgewiesen geschlechtsspezifisch unterschiedliche Entwicklungszyklen mit unterschiedlichen Anforderungen. Dadurch besteht ein Bedarf geschlechtsspezifisch angepasster Pädagogik, Didaktik, etc. , Voraussetzung sind entsprechende Kenntnisse und Fähigkeiten bei Pädagogen. Angebote und Voraussetzungen müssen geschaffen und bereitgestellt werden. Im Rahmen der sehr komplexen Umgestaltung des Schulwesens in Thüringen rücken zunehmend die Einzelbedürfnisse und speziellen Einzelförderungen von Kindern in den Vordergrund.

Alle Kinder sollen gleiche Startchancen haben.

Immer noch werden die geschlechtsspezifischen Unterschiede der Bedürfnisse von Kindern in der Entwicklungsphase (6-14 Jahre) zu wenig berücksichtigt, Statistiken über die zunehmenden Auffälligkeiten gerade von Jungs unterlegen diesen Fakt.

\*\*\*\*\*

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:

**24. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen  
am 9. April 2011 in Ilmenau**

Seite 1 von 1

ANTRAG-NR. 05

---

Antragsinhalt: Bundesweit einheitliche Prüfungsaufgaben für das Abitur

Antragsteller: KV Erfurt, Peggy Katzer

---

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Wir fordern bundesweit einheitliche Prüfungsaufgaben für die Abiturprüfungen. Dieser
- 2 Aufgabenpool basiert auf den von der KMK beschlossenen nationalen Bildungsstandards
- 3 und EPA's.

Begründung:

Das Ziel der Beschlüsse der Kultusministerkonferenz (KMK) ist die Vergleichbarkeit der schulischen Bildungsgänge sowie deren Abschlüsse. Dazu wurden nationale Bildungsstandards entwickelt, die von den Bundesländern verpflichtend implementiert werden sollten.

Neben den internationalen Studien wie PISA, PIRLS und IGLU vergleichen VERA 3 und VERA 8 zwar die Kompetenzen der Schülerinnen und Schüler in den Bundesländern, sind aber nicht abschlussrelevant. Die Aufgabenentwicklung erfolgt über das Institut zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen (IQB). Diese beziehen sich ausschließlich auf Sprach- bzw. Lesekompetenzen.

Die Beschlüsse der KMK von 2002 bis 2007 über Einheitliche Prüfungsanforderungen (EPA) in den Abiturprüfungen, die bis zum letzten Jahr umgesetzt werden sollten, ermöglichen es immer noch nicht, eine bundesweit einheitlich anerkannte allgemeine Hochschulreife zu generieren, da die Prüfungsaufgaben in der Länderhoheit liegen.

*Zitat:* „Die Einheitlichen Prüfungsanforderungen erfüllen ihre Funktion, Standards in der Abiturprüfung in einem pädagogisch vertretbaren Maß festzulegen und ein einheitliches und angemessenes Anforderungsniveau zu sichern, dadurch, dass sie konkrete Lern- und Prüfungsbereiche beschreiben und wichtige Hilfen zur Konstruktion von Prüfungsaufgaben und zur Bewertung von Prüfungsleistungen bereitstellen.“ (Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 01.06.1979 i.d.F. vom 24.10.2008)

Dieses hier aufgeführte pädagogisch vertretbare Maß ist in der Bundesrepublik in einem Nord-Süd-Gefälle so unterschiedlich, dass es zum Teil Auswirkungen auf die Vergabe von Studien- und Ausbildungsplätzen hat. Das widerspricht liberalem Grundverständnis. Denn wenn auch der föderalistische Weg durchaus unterschiedlich aussehen kann, so muss das Ziel ein bundesweit einheitliches und gleichwertiges Abitur sein.

\*\*\*\*\*

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:

**24. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen  
am 9. April in Ilmenau**

Seite 1 von 1

ANTRAG-NR. 06

---

Antragsinhalt: Ablehnung der vorgestellten Schulordnung des Minister für Bildung,  
Wissenschaft und Kunst

Antragsteller: Maria Elisabeth Grosse, Matthias Purdel, KV-Weimar Stadt

---

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Der FDP Landesverband Thüringen lehnt die vom Minister für Bildung, Wissenschaft und
- 2 Kunst, Christoph Matschie, vorgestellte Schulordnung ab.

Begründung:

Deutschland ist ein rohstoffarmes Land, einziger Schatz ist das wissenschaftliche und handwerkliche Potential, das Potential in den Köpfen und Händen. Beides ist zurzeit in der Welt noch hoch anerkannt und geschätzt. Vorangegangene Generationen haben mit viel Fleiß, Energie und Disziplin und ständigen Vergleich ihrer Leistungen untereinander und mit der Welt diese Anerkennung erarbeitet. Mit der vorgestellten Schulordnung wird den Kindern dies von vornherein genommen. Diese haben keine Möglichkeit ihre Leistungen zu vergleichen, ihren Wissenstand festzustellen und es wird ihnen damit der Anreiz genommen, sich mehr anzueignen und sich Problemen zu stellen, um diese dann auch zu lösen. Schon heute erleben wir Defizite im Bereich der Lehrerausbildung und viele Schülerinnen und Schüler, ebenso wie Auszubildende, betrachten notwendige Lehreinheiten als Schikane.

Grundlegende Werte wie Pünktlichkeit, Ordnung sowie das Streben nach Wissen und Leistungsbereitschaft sind durch fehlerhafte Erziehung, welche Kinder in der Schule und zu Hause erhalten, nicht mehr ausreichend ausgeprägt..

Die Probleme unseres Nachwuchses, nach den Notwendigkeiten internationaler Standards und Notwendigkeiten auszubilden, sind bekannt.

Mit der vorgestellten Schulordnung mit ihrem "antiautoritären Einschlag" wird sich dieser negative Trend beschleunigen und eine weitere Spaltung der Gesellschaft zur Folge haben.

Mit liberaler Bildungs- und Sozialpolitik ist das nicht zu vereinen. Im Sinne der Chancengerechtigkeit müssen auch Kinder aus bildungsfernen und sozial schwierigen Schichten die Möglichkeit erhalten ihre Potentiale zu nutzen. Die Erfahrungen aus Handwerk und Industrie bestätigen schon jetzt den Handlungsbedarf.

Eltern, welche ihren Kindern eine Zukunft geben wollen, werden diese nicht mehr auf staatliche Schule schicken, sondern in Bildungseinrichtungen welche eine globale und zukunftsfähige Ausbildung ermöglichen. Eine „Zweiklassen-Bildung“ ist jedoch für Liberale nicht hinzunehmen, da sie vorhandene Potentiale nicht nutzt und für die Zukunft eine Belastung für die sozialen Sicherungssysteme birgt.

\*\*\*\*\*

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:

## 24. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen am 9. April in Ilmenau

Seite 1 von 1

ANTRAG-NR. 07

---

Antragsinhalt: Zukunftssichere Bildung durch Investition

Antragsteller: Steffen Dreiling, Bastian Boeücke, Kreisverband Unstrut-Hainich

---

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Die FDP Thüringen setzt sich für die rechtskonforme und rechtssichere sowie
- 2 zukunftsorientierte und planungssichere Finanzierung des Thüringer Schulsystems ein.
- 3 Bildung als Schlüssel für die Zukunft im Allgemeinen und für die des Landes Thüringen im
- 4 Besonderen.

Begründung:

Noch haben wir in Thüringen eine insgesamt ausgewogene Bildungslandschaft mit vielen Möglichkeiten der schulischen und beruflichen Bildung. Vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung und dem drohenden massiven Fachkräftemangel in den nächsten Jahren und dem derzeitigen Finanzierungsstau und dem aktuellen Raubbau an der pluralistischen Thüringer Bildungslandschaft sollte sich die Thüringer FDP verstärkt für die Rechtssicherheit und Planbarkeit von Schule in Thüringen einsetzen.

Dabei darf nicht die Haushaltslage allein über die Zukunft von Schule und Schulen in Thüringen entscheiden, sondern sinnhafte an den Schülerzahlen und Bildungszielen orientierte Lösungen müssen gefunden und dauerhaft implementiert werden, um auch in Zukunft den ständig wachsenden Anforderungen an Bildung gerecht zu werden.

Gute Plätze bei den Bildungsmonitoren der letzten Jahre dürfen nicht darüber hinweg täuschen, dass sich Thüringen vor einer großen Bildungspolitischen Aufgabenstellung befindet, die durch Schulexperimente, die in anderen Bundesländern längst auf dem Rückzug oder gar wieder abgeschafft sind, zu lösen sind.

Idealerweise sollte eine solch zukunftsichere Lösung der Standort und Finanzierungsfrage auch den weiteren Problemen der Schullandschaft, wie Chancengleichheit, Durchlässigkeit des Schulsystems und deutschlandweit, europaweit und global überdurchschnittliche Schulabschlüsse über alle gesellschaftlichen Schichten hinweg in einem planbaren und doch durchlässigen System ist unsere Aufgabe.

Und zwar nicht nur aus der moralischen Verpflichtung zur Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit junger Menschen, sondern auch aus dem ökonomischen Zwang zu mehr Bildung über alle Schichten hinweg.

\*\*\*\*\*

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:



**24. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen  
am 9. April 2011 in Ilmenau**

Seite 1 von 1

ANTRAG-NR. 08

---

Antragsinhalt: Rasseliste; Schutz vor gefährlichen Hunden mit Augenmaß

Antragsteller: KV Jena, Paul Gellner, Dirk Bergner, Robert-Martin Montag

---

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1           1. Die FDP-Thüringen erkennt, dass aufgrund immer wieder auftretender  
2            Übergriffe/Beißattacken durch Hunde und anderer gefährlicher Tiere auf Menschen,  
3            ein dringender Handlungsbedarf dahingehend besteht, die der Haltung von diesen  
4            Tieren innewohnenden Gefahren für die Gesundheit und das Leben zu reduzieren.  
5            Dabei ist uns jedoch auch bewusst, dass ein Restrisiko niemals wirksam  
6            ausgeschlossen werden kann.
  
- 7           2. Die FDP-Thüringen erkennt, dass die Ursachen für die Übergriffe/Beißattacken  
8            vorrangig in der Person des Halters bzw. Besitzers und nicht im Tier selbst zu suchen  
9            sind.
  
- 10          3. Die FDP-Thüringen lehnt daher insbesondere die Einführung von Modellen ab, die  
11          den Besitz eines bestimmten Tieres bzw. einer (Hunde-) Rasse pauschal verbietet  
12          oder unter strenge Anforderungen stellt. Diese sog. Rasselisten können die Probleme  
13          und Ursachen nicht beseitigen, da sie nicht ausreichend den Einzelfall  
14          berücksichtigen und niemals vollständig sein können.
  
- 15          4. Vor diesem Hintergrund sind die bestehenden Regelungen zum Schutze der  
16          Bevölkerung grundsätzlich als ausreichend zu betrachten und zunächst genügend  
17          umzusetzen bzw. auszuschöpfen. Unter Maßgabe der vorgenannten Punkte  
18          befürwortet und unterstützt die FDP-Thüringen jedoch nötigenfalls alternative  
19          Lösungsansätze. Dies jedoch nur unter der Maßgabe eines möglichst geringen  
20          Verwaltungsaufwandes und keinen Mehrkosten für die Kommunen.

Begründung:

Erfolgt mündlich

\*\*\*\*\*

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:

**24. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen  
am 9. April 2011 in Ilmenau**

Seite 1 von 1

ANTRAG-NR. 09

---

Antragsinhalt: Systemwechsel in der Altersversorgung Thüringer Landtagsabgeordnete

Antragsteller: Junge Liberale Thüringen

---

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Die FDP Thüringen fordert einen Systemwechsel in der Altersentschädigung der  
2 Abgeordneten des Thüringer Landtags. Die Altersversorgung soll vom bisherigen  
3 steuerfinanzierten System der staatlichen Pension umgestellt werden auf ein System, in dem  
4 der Abgeordnete in Eigenverantwortung seine Alterspension finanziert.

5

6 Konkret sollen Paragraph 13 und 14 des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der  
7 Abgeordneten des Thüringer Landtags (Thüringer Abgeordnetengesetz - ThürAbgG) wie  
8 folgt abgeändert werden (in Anlehnung an die Regelung, die 2011 in Baden-Württemberg in  
9 Kraft tritt):

10

11 „Abgeordnete erhalten zur Finanzierung der Altersversorgung einen zusätzlichen  
12 monatlichen Beitrag bis zur Höhe des Höchstbeitrags zur gesetzlichen Rentenversicherung  
13 (derzeit 19,9% der Beitragsbemessungsgrenze; in West 1074,60 € mtl.). Voraussetzung für  
14 die Zahlung ist der Nachweis, dass der Beitrag für die Altersversorgung des Abgeordneten  
15 und zur Unterstützung ihres/seiner überlebenden Ehegatten/in, eingetragenen  
16 Lebenspartner/in sowie der Waisen durch eine Rente verwandt wird und ein Kapitalwahlrecht  
17 vollständig ausgeschlossen ist.

18

19 Die Abgeordneten sind frei in der Wahl der Rentenversicherung. Eine Pflicht besteht nicht.  
20 Der Beitrag wird nicht an Abgeordnete gezahlt, die hauptamtliche Mitglieder der  
21 Landesregierung oder politische Staatssekretäre sind, da diese ohnehin einen erheblichen  
22 Zuschlag zur Grundentschädigung (plus 70 bzw. 100%) erhalten. Die Zahlung entfällt vom  
23 auf die Ernennung folgenden Kalendermonat bis zum Kalendermonat, in dem der  
24 Abgeordnete aus dem Amtsverhältnis ausscheidet. Bei erneuter Mitgliedschaft im Landtag  
25 kann die zusätzliche Zahlung wieder in Anspruch genommen werden. Es sind geeignete  
26 Übergangsregelungen für Abgeordnete, die im Moment dem Landtag angehören, zu treffen.“

Begründung:

Erfolgt mündlich

\*\*\*\*\*

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:

**24. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen  
am 9. April in Ilmenau**

Seite 1 von 1

ANTRAG-NR. 10

---

Antragsinhalt: Keine Kreisgebietsreform von „Oben“

Antragsteller: KV-SHK, KV-Jena

---

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Die FDP Thüringen spricht sich gegen eine von ‚Oben‘ verordnete (zwangsweise)
- 2 Kreisgebietsreform aus. Wenn neue Gebietsstrukturen geschaffen werden, dann nur unter
- 3 Freiwilligkeit und von ‚Unten‘. Zu dieser Art von Beschlüssen steht die FDP Thüringen, da sie
- 4 vom Bürger getragen werden.
- 5 Gleichzeitig fordern wir die FDP-Landtagsfraktion auf, sich im Thüringer Landtag dafür
- 6 einzusetzen!

Begründung:

Die Verwaltungsstrukturen und Behörden auf Kreisebene sind bzw. werden derzeit so gestrafft, dass weitere Einsparungen eher nicht zu erwarten sind. Die Hausaufgaben sind von finanzieller Seite zu machen. (auch auf Land- Kommunenseite)

Außerdem lehren uns die Beispiele in den Nachbarländern, dass von Oben verordnete Gebietsvergrößerung nicht gleich Einsparung heißt und in den meisten Fällen der Bürgerwille und die Bürgerfreundlichkeit darunter leiden. Einwohnerzahlen und Quadratmeterangaben können nicht das Maß für ein Verwaltungsgebiet sein.

Die FDP Thüringen setzt auf eine langsame Vorbereitung evt. möglicher Gebietsreformen durch interkommunale Zusammenarbeit, wo sie gewollt sind. So kann Effektivitätssteigerung auch erst einmal geprüft werden, ob sie denn stattfindet.

Weitere Begründung ggf. mündlich

\*\*\*\*\*

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:

**24. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen  
am 9. April in Ilmenau**

Seite 1 von 1

ANTRAG-NR. 11

Antragsinhalt: E-Government Gesetz (E-GG)

Antragsteller: KV Erfurt

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Der Landesparteitag der Thüringer FDP fordert die Landtagsfraktion der FDP auf, im
- 2 Thüringer Landtag alle parlamentarischen Möglichkeiten zu nutzen, um im Thüringer
- 3 Landtag ein E-Government Gesetz (E-GG) zu verabschieden.

Begründung:

Basierend auf der Erfahrung anderer Bundesländer (Schleswig-Holstein) soll das E-GG dazu beitragen, einen gesetzlichen Rahmen zur Steuerung der IT-relevanten Prozesse für den Freistaat zu schaffen sowie die Umsetzung der komplexen Anforderungen der EU-Dienstleistungsrichtlinie zu erleichtern bzw. überhaupt erst zu ermöglichen.

Das E-GG bildet somit die Grundlage für eine stetige Verbesserung der elektronischen Behördendienste hinsichtlich Wirtschaftlichkeit, Effizienz und Bürgernähe.

Ziel des Gesetzes ist es, neben dem effizienten und effektiven Umgang mit den IT-Ressourcen des Landes, ein IT-Stabsorgan (analog Bayern, Rheinland Pfalz) beim MP zu etablieren, das alle IT-relevanten Veränderungen (Ablauf- und Aufbauorganisation) in den Behörden des Landes konsolidiert und durch eine Verordnung sichert, so dass alle IT-Aktivitäten kompatibel abgebildet werden können. Das Gesetz soll eindeutig die Verantwortlichkeiten für den IT-Einsatz im Land regeln und die Einführung bzw. Durchsetzung von E-Government im Freistaat beschleunigen. Zugleich soll es eindeutig die fachlichen Zuständigkeiten in der obersten Landesbehörde gegenüber externen Dienstleistern, Partnern, Beratern und den zentralen Bundesbehörden regeln.

**Die Umsetzung des E-GG zielt auf die Beschleunigung der Verwaltungsverfahren, die Senkung der Verfahrenskosten und die Verbesserung der Informations- und Verwaltungsleistungsangebote für sowohl die Bürgerinnen und Bürger als auch für die Wirtschaft.**

Grundsätzlich sind im Gesetz die Festlegung von Standards (technisch, semantisch und prozessual) und die Sicherung der Interoperabilität zu fixieren, um eine redundante Datenhaltung bei unterschiedlichen Behörden zu vermeiden und einen einfachen Datenaustausch zwischen den Behörden zu ermöglichen. Dazu ist der Grundsatz der kooperativen Kommunikation festzuschreiben und die Einbindung der IT-Wirtschaft zumindest im Rahmen einer entsprechenden Verordnung zu regeln.

\*\*\*\*\*

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:

**24. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen  
am 9. April 2011 in Ilmenau**

---

Seite 1 von 1

ANTRAG-NR. 12

---

Antragsinhalt: Flughäfen in Thüringen privatisieren

Antragsteller: Junge Liberale Thüringen

---

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Die FDP Thüringen fordert alle öffentlichen Zuschüsse und Beteiligungen an den Flughäfen
- 2 in Erfurt und Altenburg einzustellen. Wenn sich keine privaten Investoren für die Standorte
- 3 finden, sind sie zu schließen.

Begründung:

Erfolgt mündlich

\*\*\*\*\*

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:

## 24. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen am 9. April 2011 in Ilmenau

Seite 1 von 2

ANTRAG-NR. 13

**Antragsinhalt:** Aufrechterhaltung des Fernverkehrsangebotes Ostthüringen

**Antragsteller:** KV Jena, Saalfeld/Rudolstadt und Saale-Holzland

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Die FDP Thüringen setzt sich für die Aufrechterhaltung eines Fernverkehrsangebotes für
- 2 Ostthüringen in Nord-Süd-Richtung nach Inbetriebnahme des Verkehrsprojekts Deutsche
- 3 Einheit (VDE) 8.1 Berlin-Erfurt-München (2017) ein.
- 4 Die FDP Thüringen fordert den Bund auf, bei der Gewährleistung der Verkehrsangebote der
- 5 Eisenbahnen des Bundes im Schienenpersonenfernverkehr (SPFV), dem Wohle der
- 6 Allgemeinheit, insbesondere den Verkehrsbedürfnissen Rechnung zu tragen (Artikel 87e [4]
- 7 GG), nachzukommen.
- 8 Die FDP Thüringen fordert die Landesregierung auf, das in der Koalitionsvereinbarung CDU-
- 9 SPD manifestierte Wahlversprechen, einen „adäquaten Ersatz“ für den abzusehenden
- 10 Wegfall des ICE in Ostthüringen zu schaffen, einzuhalten. Dazu sind Schritte einzuleiten, die
- 11 den Bund und die Deutsche Bahn veranlassen, Maßnahmen für die überregionale
- 12 Erreichbarkeit Ostthüringens zu ergreifen. Die vom Freistaat geplanten Zusatzangebote im
- 13 Nahverkehr werden begrüßt, sind aber kein adäquater Ersatz für den Entfall des ICE und
- 14 verbrauchen darüber hinaus Regionalisierungsmittel für den Nahverkehr.
- 15 Reisende aus Ostthüringen sollen von Jena und Saalfeld aus auch nach 2017 im 2-Stunden-
- 16 Takt umsteigefrei und komfortabel die Bahnknoten Nürnberg, Halle/Leipzig und Berlin
- 17 erreichen können. Das Produkt ist nachrangig. Es soll aber
- 18
  - gegenüber dem jetzigen Stand keine wesentliche Verschlechterung bei Fahrzeiten
  - 19 enthalten,
  - 20 • einen Fernverkehrskomfort, insbesondere die Möglichkeit zur Platzreservierung,
  - 21 Tischplätze und Steckdosen bieten,
  - 22 • in die Fernverkehrs-Taktknoten Nürnberg, Halle/ Leipzig und Berlin eingebunden
  - 23 sein,
  - 24 • eine Verknüpfung mit dem Schienenpersonennahverkehr (SPNV) an den
  - 25 Unterwegshalten im Abschnitt Bamberg - Leipzig, insbesondere in Lichtenfels,
  - 26 Saalfeld, Jena-Paradies, Jena-Göschwitz und Naumburg enthalten,
  - 27 • Integration von SPNV-Tarifen im Abschnitt Bamberg – Leipzig ermöglichen.

**Begründung:**

Den im Ostthüringer Raum erfolgreichen Kultur-, Wissenschafts- und Wirtschaftsstandorten Jena, Saalfeld/Rudolstadt und Saale-Holzland-Kreis droht nach derzeitigen Planungen der Thüringer Landesregierung und der Deutschen Bahn ab 2017 die Abkopplung vom direkten Fernverkehr. Dies bedeutet für eine wirtschaftlich, wissenschaftlich und kulturell aktive sowie prosperierende Region einen enormen Wettbewerbs- und Standortnachteil.

Die internationale und flexible Ausrichtung der Wirtschaft, der Hochschulen, der Forschungsinstitute und kulturellen Einrichtungen in Thüringen erfordert für deren Mitarbeiter, Kunden, Studenten sowie Einwohner und Gäste eine gute Direktanbindung an

**24. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen  
am 9. April 2011 in Ilmenau**

Seite 2 von 2

ANTRAG-NR. 13

---

**Antragsinhalt:** Aufrechterhaltung des Fernverkehrsangebotes Ostthüringen

**Antragsteller:** KV Jena, Saalfeld/Rudolstadt und Saale-Holzland

---

Der Landesparteitag möge beschließen:

große Verkehrsknotenpunkte (Flughäfen). Mit dem bisherigen ICE-Anschluss auf der Strecke Berlin-München im Stundentakt ist diese Anbindung gewährleistet.

Derzeit ist den Bürgern dieser Region, den Vertretern von Wirtschaft und Wissenschaft, kein Konzept bekannt, wie die Thüringer Politik auf den Wegfall der ICE-Anbindung reagieren will. Der Freistaat Thüringen hat die derzeit geplante ICE-Strecke über Erfurt ohne Berücksichtigung der Ostthüringer Region durchgesetzt.

Jena hat als größte Universitätsstadt und wichtigster Wirtschaftsstandort Thüringens mit starker internationaler Ausrichtung und dem höchsten Pro-Kopf-Einkommen des Freistaates, zumal in enger Vernetzung mit dem Landkreis, sowohl das Potential für als auch das Bedürfnis nach einer guten überregionalen Erreichbarkeit. Sowohl im Rahmen der Planfeststellung für das VDE 8 als auch im gerade überarbeiteten Bundesverkehrswegeplan wurde bzw. wird dieses Verkehrsbedürfnis und ein zukünftiger SPFV bestätigt. Analog wäre auch eine Abkoppelung der Industrieregion Saalfeld/Rudolstadt vom überregionalen Bahnverkehr unverantwortlich.

\*\*\*\*\*

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:

**24. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen  
am 9. April 2011 in Ilmenau**

Seite 1 von 1

ANTRAG-NR. 14

---

Antragsinhalt: Arbeitsweise Landesentwicklungsgesellschaft

Antragsteller: KV Saalfeld/Rudolstadt, Jena, Weimarer Land und Saale-Holzland

---

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Die FDP Thüringen fordert die Landesregierung, als einzigen Gesellschafter der
- 2 Landesentwicklungsgesellschaft Thüringen mbH (LEG) auf, das aktuelle
- 3 Entwicklungskonzept der LEG auf regionale Ausgewogenheit zu überprüfen und sie
- 4 gegebenenfalls ein neues Konzept ausarbeiten zu lassen, das keine Region in Thüringen
- 5 von vornherein ausklammert und in dem Förderschwerpunkte nach allgemeinen gleichen
- 6 Kriterien festgelegt werden.

Begründung:

Die LEG versorgt Käufer und Investoren, die sich in Thüringen ansiedeln möchten, mit einer Standort- und Förderberatung sowie einem Behördenmanagement. Sie fördert darüber hinaus die Technologiepotentiale im Freistaat u.a. durch die Unterstützung technologieorientierter Firmen, Koordination von Technologieprojekten sowie Begleitung von Technologienetzwerken (Clustern). Weiterhin verknüpft sie Standort- und Technologieentwicklungen auch in EU-Projekten und befördert somit eine nachhaltige Strukturpolitik für Thüringen. Soweit die öffentlichen und selbst von der Gesellschaft beschriebenen Aufgabenfelder. Es sind also alle Aufgaben der Akquisition und des Marketings. Diese beziehen sich nach eigener Aussage auf den gesamten Freistaat und nicht nur auf Teilregionen. In Städten oder Landkreisen, die über eine eigene Wirtschaftsförderung verfügen, sei sie kommunal oder privatrechtlich gestaltet, muss also eine Aufgabenteilung vorliegen. Die LEG kümmert sich um die Akquise neuer Investoren und Ansiedlung neuer Technologiefelder, während sich die lokale Wirtschaftsförderung um die Pflege der „Bestandskunden“ kümmert, damit Investoren nicht wieder abwandern. Auch im Hinblick auf die personelle Stärke solcher lokalen Wirtschaftsförderungen im Vergleich mit der LEG macht eine solche Aufgabenverteilung Sinn. Leider ist derzeit festzustellen, dass diese Aufgabenteilung von Seiten der LEG nicht eingehalten wird. So konzentriert sie ihre Ansiedlungspolitik auf das Erfurter Kreuz, während Städte und Regionen wie z.B. Jena und Saalfeld/Rudolstadt mit eigener Wirtschaftsförderung sich selbst überlassen werden. Jedoch verfügt z.B. die Jenaer Wirtschaftsförderungsgesellschaft über 3,5 Personalstellen und kann unmöglich zusätzlich zur Bestandspflege auch noch Investorenakquise im benötigten Umfang leisten. Da Jena und Saalfeld/Rudolstadt nicht die einzigen Regionen in Thüringen sind, die von den Aktivitäten der LEG ausgespart werden, muss das Förderkonzept der LEG grundsätzlich auf den Prüfstand gestellt und gegebenenfalls überarbeitet werden.

\*\*\*\*\*

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:



**24. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen  
am 9. April 2011 in Ilmenau**

Seite 1 von 1

ANTRAG-NR. 15

---

**Antragsinhalt:** Ausbau der Weimar-Gera-Bahn als Teil der „Mitte-Deutschland-Verbindung“

**Antragsteller:** KV Gera, Jena und Saale-Holzland

---

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Die FDP Thüringen hält am Ausbau der Weimar-Gera-Bahn fest und fordert eine
- 2 Verbesserung des Verkehrsangebotes. Die unbefriedigende Situation auf der „Mitte-
- 3 Deutschland-Verbindung“ soll sich so schnell als möglich verbessern.
- 4
- 5 Die FDP Thüringen fordert, neben dem zügigen zweigleisigen Ausbau, entsprechend dem
- 6 der Neubewertung des Bundesverkehrswegeplan 2010 zugrunde liegenden Ausbauumfang
- 7 (Zweigleisigkeit im Abschnitt Weimar - Gera, Elektrifizierung im Abschnitt Weimar - Gößnitz),
- 8 die
- 9
- 10 • zügige Modernisierung und den behindertengerechten Ausbau der Bahnhöfe Hermsdorf,
- 11 Jena-West, Stadtroda und Jena-Göschwitz, letzteren in Knotenpunktqualität, und die
- 12
- 13 • Verbesserung des Verkehrsangebotes durch Erweiterung der Angebotskapazität. Bei der
- 14 Vergabe von Schienenpersonennahverkehrsleistungen sind durch den Freistaat
- 15 wirtschaftliche Anreize für Dritte zur Einrichtung von Fernverkehrsprodukten, die
- 16 abschnittsweise auch dem Regionalverkehr dienen, zu setzen.

Begründung:

Erfolgt mündlich

\*\*\*\*\*

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:

**24. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen  
am 9. April 2011 in Ilmenau**

Seite 1 von 1

ANTRAG-NR. 16

---

Antragsinhalt: 40t-EuroCombi - Gigaliner als ökologische und ökonomische Alternative  
verstehen – Volumen statt Masse

Antragsteller: LFA Wirtschaft, Thomas L. Kemmerich

---

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Die FDP Thüringen unterstützt die Fortschreibung des Modellversuches Gigaliner und sieht
- 2 den Ergebnissen mit Interesse entgegen.

Begründung:

Innovative Konzepte in der Logistikbranche sind zu begrüßen. Neben einer favorisierten Nutzung des Schienengütertransportes sind die so genannten "Gigaliner" eine Alternative auf der Straße. Die neuartige Kombination von bewährten Fahrzeugen ermöglicht bei einem Gesamtgewicht von 40 Tonnen, 50% mehr Ladevolumen und ist den klassischen Sattelzügen in Sachen Lenkbarkeit sogar noch überlegen. Diese Vorteile können wir nutzen, um den Transport zwischen Schienen, Schiff und auf der Straße effektiver zu gestalten und insgesamt zu bereichern. Eine aktuelle Studie der Fachhochschule in Erfurt hat die ökologischen und ökonomischen Vorzüge von EuroCombis belegt. Weniger Umweltbelastungen, geringerer Treibstoffverbrauch und reduzierte Betriebskosten machen die EuroCombis für Spediteure durchaus attraktiv.

Trotzdem besteht noch eine Reihe von offenen Fragen, die unbedingt einer Klärung bedürfen. So wurde zum Beispiel noch nicht geklärt, in wieweit Gigaliner auf dem nachgelagerten Straßennetz fahren können und ob die Mega-Transporter nicht auch eine gesteigerte Gefahr für alle anderen Verkehrsteilnehmer darstellen. Deshalb sind wir für die strikte Obergrenze von 40 Tonnen pro Gliederzug und die Beschränkung auf das Befahren ausgewiesener Straßen, die für diese Belastungen ausgelegt sind.

Da sich Thüringen sehr deutlich zum Status eines wichtigen Logistikstandortes innerhalb Deutschlands positioniert hat, sollte man diesen innovativen Lösungsansatz weiter verfolgen.

Weitere Begründung erfolgt mündlich.

\*\*\*\*\*

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:

**24. ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen  
am 9. April 2011 in Ilmenau**

Seite 1 von 4

ANTRAG-NR. 17

Antragsinhalt: „Werkstatt Ost“ statt „Aufbau Ost“

Antragsteller: LFA Wirtschaft, Patrick Kurth

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Im vergangenen Jahr konnte das 20-jährige Jubiläum der Deutschen Einheit feierlich  
2 begangen werden. Das Jubiläum war auch Anlass für viele Bilanzen. Insgesamt ist und bleibt  
3 der Einigungsprozess der letzten zwei Jahrzehnte ein großer Erfolg. Die Wirtschaftskraft und  
4 der Wohlstand der neuen Bundesländer haben enorm aufgeholt. Die Verkehrsinfrastruktur  
5 befindet sich in weiten Teilen auf dem neuesten Stand.

6

7 In Thüringen und den anderen Ländern finden sich zahlreiche Erfolgsgeschichten. Diese  
8 Entwicklungen wären nicht möglich gewesen ohne die herausragenden Leistungen und die  
9 Änderungsbereitschaft der ostdeutschen Bevölkerung. Diese Umstellung auf ein völlig  
10 anderes, bis dahin ihnen unbekanntes wirtschaftliches und gesellschaftliches System kann  
11 auch heute noch Vorbild für die notwendige Veränderungsbereitschaft in einer globalisierten  
12 Welt sein.

13

#### 14 **Herausforderungen**

15

16 Trotz dieser positiven Entwicklungen stehen wir in Thüringen, wie in allen neuen  
17 Bundesländern, in den nächsten Jahren allerdings weiter vor großen Herausforderungen, die  
18 jetzt engagiert und mit Nachdruck sowohl auf Bundes- als auch Landesebene angegangen  
19 werden müssen, um **den Prozess der Deutschen Einheit endgültig zu vollenden**.

20

21 1. Die erfolgreiche Entwicklung ist einer gesamtdeutschen finanziellen und moralischen  
22 Kraftanstrengung zu verdanken. Von 1995 bis 2004 wurden im Rahmen des Solidarpaket I  
23 insgesamt 105 Mrd. Euro vom Bund für den Aufbau Ost bereitgestellt. Gemäß dem  
24 Solidarpaket II werden zwischen 2005 und 2019 insgesamt 156 Mrd. Euro solcher Mittel  
25 bereitgestellt sein. Auch aus den EU-Strukturfonds profitieren die neuen Bundesländer in  
26 besonderem Maße. Aus diesem Topf werden zwischen 2000 und 2013 insgesamt rund 35  
27 Mrd. Euro nach Ostdeutschland geflossen sein. Im Jahr 2010 flossen dem Land Thüringen  
28 aus dem Solidarpaket II Mittel in Höhe von rund 1,25 Mrd. Euro zu. Hierin liegt allerdings auch  
29 eines der drängendsten Probleme der nächsten Jahre. Das graduelle Auslaufen dieser Mittel  
30 bis 2019 und der aus den EU-Strukturfonds bis 2014 wird den Haushalt des Freistaats  
31 Thüringen vor gravierende Probleme stellen. Es müssen deshalb schon jetzt mit Nachdruck  
32 Strategien entwickelt werden, wie mit dieser absehbaren großen Finanzierungslücke  
33 umgegangen wird. Die Weichen hierfür müssen schon jetzt gestellt werden. Diesbezüglich ist  
34 jetzt die Landesregierung in die Pflicht zu nehmen. Es darf keine weitere Zeit verloren  
35 werden.

36

37 2. Hervorzuheben ist auch die nach wie vor sehr hohe und anhaltende Abwanderung von  
38 jungen, gut ausgebildeten Menschen aus Thüringen. Noch immer verlassen im Saldo jeden  
39 Tag rund 40 Menschen den Freistaat. Zusammen mit einer schwachen Geburtenrate,  
40 verschärft durch den sog. Wende-Knick kurz nach 1990, ist Ostdeutschland wesentlich

**24. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen  
am 9. April in Ilmenau**

Seite 2 von 4

ANTRAG-NR. 17

Antragsinhalt: „Werkstatt Ost“ statt „Aufbau Ost“

Antragsteller: LFA Wirtschaft, Patrick Kurth

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 früher als andere Regionen von den negativen Auswirkungen des demografischen Wandels  
2 betroffen. Dies macht sich schon jetzt in einer signifikant stärkeren Überalterung bemerkbar.  
3 Eine weitere Folge ist ein absehbarer massiver Fachkräftemangel. Diesen  
4 Herausforderungen muss sich Thüringen stellen. Die FDP Thüringen begrüßt, dass der Bund  
5 eine Demografiestrategie entwickelt. Allerdings müssen auch auf Länderebene noch stärker  
6 Anstrengungen unternommen werden, um die Überalterung und den Fachkräftemangel zu  
7 bewältigen. Wenn wir zusammen die richtigen politischen Voraussetzungen in dieser  
8 Beziehung schaffen, ergibt sich daraus eine enorme Chance für Gesamtdeutschland. Die  
9 jetzt hier zu erarbeitenden Konzepte können Vorbildcharakter haben, für die westdeutschen  
10 Bundesländer die in Zukunft vom demografischen Wandel auch verstärkt betroffen sein  
11 werden.

12

13 3. Weiterhin ist die mitteldeutsche Wirtschaft noch nicht zu einem selbsttragenden  
14 Aufschwung in der Lage. Die meisten Regionen werden als sog. „70-Prozent-Regionen“  
15 bezeichnet, weil die Wirtschaftskraft und die Produktivität in den letzten Jahren bei 70  
16 Prozent des Westniveaus stagnieren. Um diesen Rückstand aufzuholen, muss die  
17 Wirtschaftsförderung neu konzipiert werden. Hierbei muss die Fähigkeit der Region gestärkt  
18 werden, aus eigener Kraft Netzwerke und Cluster hoher Innovationskraft zu entwickeln. Die  
19 Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe ist ein Standbein für eine wirtschaftlich gesunde  
20 Entwicklung. In vielen Regionen ist das bereits der Fall. In Thüringen müssen wir  
21 insbesondere die Innovationsfähigkeit der vielen kleinen und mittleren Unternehmen stärken.  
22 Hierfür liegt der Schlüssel in der Förderung der Zusammenarbeit mit Hochschulen und  
23 außeruniversitären Forschungseinrichtungen. Kleinere Unternehmen sind hierauf  
24 angewiesen, weil sie in wesentlich geringerem Maß über Forschungsressourcen verfügen.  
25 Hier muss das Land ansetzen und die Forschungszusammenarbeit gezielt stärken, um die  
26 großen Potentiale der heimischen Unternehmen ganz auszuschöpfen.

27

28 Angesichts dieser Herausforderungen auf dem Weg zur Vollendung der Deutschen Einheit  
29 müssen wir weiter an neuen Konzepten arbeiten, die auch Vorbild für andere Regionen sein  
30 können. „Werkstatt Ost“ statt „Aufbau Ost“ muss das Schlagwort lauten.

31

32 Die FDP Thüringen fordert die Bundesregierung auf:

33

34 1. zur Überwindung der noch bestehenden strukturellen wirtschaftlichen Defizite die  
35 vereinbarten Mittel aus dem Solidarpakt II noch zielgerichteter und konzentrierter für  
36 gewerbliche Investitionen und wirtschaftsnahe Forschung und Entwicklung einzusetzen  
37 sowie die Förderinstrumente an die regionalen Besonderheiten und Bedürfnisse anzupassen  
38 und zu optimieren. Dabei müssen die Standortvorteile der Regionen herausgearbeitet und  
39 ausgebaut werden.

## **24. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen am 9. April in Ilmenau**

Seite 3 von 4

ANTRAG-NR. 17

---

Antragsinhalt: „Werkstatt Ost“ statt „Aufbau Ost“

Antragsteller: LFA Wirtschaft, Patrick Kurth

---

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 2. das Defizit der niedrigen Eigenkapitalausstattung der vorherrschenden kleinen und  
2 mittleren Unternehmen durch eine Schwerpunktsetzung für die mittelständische Wirtschaft,  
3 vor allem im verarbeitenden Gewerbe sowie bei wirtschaftsnahen Dienstleistungen,  
4 auszugleichen.
- 5 3. sich bei Verhandlungen auf EU-Ebene mit Nachdruck für eine angemessene  
6 Übergangsregelung hinsichtlich des Auslaufens der EU-Förderprogramme nach 2014 ein-  
7 zusetzen, um ein abruptes Auslaufen der Programme zu verhindern.
- 8 4. bei der Überarbeitung der Städtebauförderung und des „Stadtumbau Ost“ die heraus-  
9 ragende Bedeutung dieser Programme für Ostdeutschland angemessen zu berücksichtigen  
10 und die erreichten Erfolge nicht zu gefährden sowie Konzepte zur Bewältigung der  
11 Altschuldenproblematik zu entwickeln.
- 12 5. realistische Konzepte einer Arbeitsmarktpolitik zu entwickeln, um der hohen  
13 Langzeitarbeitslosigkeit in Ostdeutschland zu begegnen.
- 14 6. bestehende Unterschiede zwischen Ost und West (Z.B. Rente, Zahnarztvergütungen)  
15 weiter anzugleichen.
- 16
- 17 Die FDP Thüringen fordert die Bundesregierung und die Thüringer Landesregierung auf:  
18
- 19 1. durch gezielte Investitionen in Ausbildung und Forschung den Anteil an gut ausgebildeten  
20 Fachkräften zu steigern, um den Standort für die High-Tech- und Dienstleistungsbranche  
21 attraktiver zu machen und zukunftssträchtige Arbeitsplätze in Ostdeutschland zu sichern.
- 22
- 23 2. den Bereich Forschung und Entwicklung in den ostdeutschen Betrieben gezielt zu fördern  
24 und somit deren Innovationsfähigkeit zu erhöhen bzw. durch Pflege entstandener innovativer  
25 industrieller Schwerpunkte zu erhalten.
- 26
- 27 3. weiter den Bürokratieabbau voranzutreiben, indem bestehende Bürokratiebelastungen  
28 abgebaut und bei neuen Gesetzen minimiert werden. Geringe Bürokratiekosten müssen als  
29 Standortvorteil verstanden und genutzt werden.
- 30
- 31 4. eine Demografiestrategie für Ostdeutschland und Konzepte vorzulegen, um dem  
32 abzusehenden Fachkräftemangel im Land entgegenzuwirken und Initiativen zu unterstützen,  
33 die die Abwanderung nachhaltig bekämpfen.
- 34
- 35 5. jeglichen Versuchen der Geschichtsumschreibung, Verklärungen und Umdeutungen  
36 entgegenzutreten sowie eine sorgsame Vergangenheitsbewältigung zu unterstützen. Dazu  
37 gehört die Geschichtsklitterung interessierter Kräfte bezüglich der DDR-Vergangenheit  
38 ebenso zu unterbinden wie die Verniedlichung der Lebensleistung normaler Menschen in der

**24. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen  
am 9. April in Ilmenau**

Seite 4 von 4

ANTRAG-NR. 17

---

Antragsinhalt: „Werkstatt Ost“ statt „Aufbau Ost“

Antragsteller: LFA Wirtschaft, Patrick Kurth

---

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Diktatur. Hierzu sind Maßnahmen im Rahmen der Gesetzgebung, der Bildungspläne, der  
2 Aufarbeitung und Gedenkstättenarbeit weiter zu ergänzen oder auszuarbeiten.

3

4 Die FDP Thüringen fordert die Thüringer Landesregierung auf:

5

6 1. die Bundesregierung aktiv bei einer Überarbeitung der Förderpolitik zu unterstützen und  
7 die Voraussetzungen für die Entstehung einer innovationskräftigen industriellen Basis zu  
8 schaffen.

9 2. die politischen und rechtlichen Voraussetzungen zu schaffen, um die Ansiedelung von  
10 Firmensitzen, Führungsstrukturen oder Forschungsabteilungen von Großbetrieben in  
11 Thüringen attraktiver zu machen.

12

13 3. ein Konzept vorzulegen, wie mit dem Auslaufen der Mittelzuweisungen aus dem  
14 Solidarpaket II zum Jahr 2019 und aus dem EU-Strukturfonds zum Jahr 2014 umzugehen ist  
15 und wie die ausreichende Finanzierung der öffentlichen Haushalte sichergestellt werden  
16 kann.

17

18 Der Landesparteitag fordert auch die Bundestagsabgeordneten und Landtagsabgeordneten  
19 der FDP Thüringen auf, sich weiter mit allen zur Verfügung stehenden parlamentarischen  
20 Mitteln dafür einzusetzen, dass die genannten notwendigen Maßnahmen weiter  
21 vorangetrieben werden und den Austausch zwischen relevanten Akteuren auf Bundes- und  
22 Landesebene zu befördern.

Begründung:

Erfolgt mündlich

\*\*\*\*\*

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:

**24. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen  
am 9. April in Ilmenau**

Seite 1 von 1

ANTRAG-NR. 18

---

Antragsinhalt: Sozialpolitik Ost West

Antragsteller: LFA IV Gesundheit, Familie, Gleichstellung, Soziales

---

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 In der Gesetzgebung darf keine Unterscheidung mehr in Ost und West gemacht werden.
- 2 Unabhängig von der kritischen Haltung der FDP zu Mindestlöhnen ist es untragbar, dass
- 3 diese staatlicherseits in den neuen Bundesländern niedriger festgesetzt werden als in den
- 4 alten. Gleiches gilt für die noch immer unterschiedliche Beitragsbemessungsgrenze bei der
- 5 Renten- und der Arbeitslosenversicherung.

Begründung:

Wir leben im Jahre 20 nach der Wiedervereinigung. Viele Preise wie beispielsweise bei den Lebensmitteldiscountern gleichen sich schnell an. Mittlerweile gleicht sich auch das Lohnniveau an: Viele qualifizierte Arbeitskräfte verließen Thüringen und suchten den Gesetzen des Arbeitsmarktes folgend Arbeit dort, wo sie adäquat bezahlt wurde. Daher werden auch bei uns bei entsprechender Qualifikation entsprechende Löhne bezahlt werden müssen. Vor diesem Hintergrund ist es nicht mehr zu rechtfertigen, unterschiedliche Beitragsbemessungsgrenzen für Ost und West festzulegen. Genauso wenig sind für Ost und West unterschiedliche Mindestlöhne zu rechtfertigen. Soweit es in der einen oder anderen Branche noch immer angebracht ist, werden das die Tarifpartner viel genauer und treffsicherer festlegen können. Als staatlicher Eingriff stellt es jedoch eine Diskriminierung dar und behindert eher die weitere Angleichung.

\*\*\*\*\*

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:

**24. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen  
am 9. April 2011 in Ilmenau**

---

Seite 1 von 1

ANTRAG-NR. 19

---

Antragsinhalt: Verwendung der Thüringer Lottoeinnahmen für Maßnahmen der  
frühkindlichen Förderung und Integration

Antragsteller: Junge Liberale Thüringen

---

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Die FDP Thüringen fordert die Verwendung von 100% der Thüringer Lottomittel für den
- 2 Bereich frühkindliche Förderung und Integration in Thüringen. Konkret soll damit die
- 3 kostenfreie flächendeckende Bereitstellung von Plätzen in Kinderbetreuungseinrichtungen
- 4 für alle Kinder im Freistaat im Vorschuljahr finanziert werden.

Begründung:

Erfolgt mündlich

\*\*\*\*\*

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:



**24. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen  
am 9. April 2011 in Ilmenau**

Seite 1 von 2

ANTRAG-NR. 20

Antragsinhalt: Chancengleichheit für alle Bürger, aber keine Ergebnisvorgaben, auch nicht durch Geschlechterquoten

Antragsteller: KV Unstrut-Hainich-Kreis

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1           1. Die Thüringer FDP setzt sich für Chancengleichheit aller Bürger beim Start in das  
2           eigenständige und verantwortliche Leben in unserer Gesellschaft ein.  
3
- 4           2. Die Thüringer FDP erkennt allerdings an, dass Frauen in Teilbereichen der  
5           Gesellschaft aufgrund ihrer Geschlechtszugehörigkeit und damit  
6           zusammenhängenden gesellschaftsbedingten Faktoren im Verlauf ihres Lebens  
7           derzeit noch benachteiligt werden. Dadurch sind sie nicht entsprechend ihrem  
8           Bevölkerungsanteil an Macht und Einkommen beteiligt.  
9
- 10          3. Ziel liberaler Geschlechterpolitik ist es deshalb, die Ursachen und nicht bloß die  
11          Ergebnisse dieser Benachteiligungen abzubauen und möglichst zu beseitigen,  
12          mithin durchgehende Chancengleichheit, aber keine durchgehende  
13          Ergebnisgleichheit zu schaffen. Die liberale Geschlechterpolitik baut deshalb auf  
14          die Qualifikationen, Stärken und die Leistungsbereitschaft von Frauen, aber auch  
15          Männern.  
16
- 17          4. Zentrale Handlungsfelder beim Abbau und der Beseitigung der Benachteiligungs-  
18          ursachen sind deshalb:  
19  
20               • die Bildungspolitik, unter anderem durch Abbau von Rollenklischees  
21               und die Beeinflussung des Berufswahlverhaltens,  
22               • die Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik, unter anderem mit frauen- und  
23               familienfreundlicher Personalpolitik, Flexibilisierung der Arbeit, Entgelt-  
24               gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern und Abschaffung der  
25               Steuerklasse V  
26          sowie  
27               • die Familienpolitik, unter anderem durch den Ausbau der Kinder-  
28               betreuungsangebote, finanzielle Entlastung von Alleinerziehenden und  
29               steuerliche Absetzbarkeit von Haushaltshilfen.  
30
- 31          5. Vom Gesetzgeber oder von den Tarifparteien vorgegebene Geschlechterquoten  
32          werden dagegen in jeder Art, Form und Ausgestaltung - gleichgültig ob als  
33          absolute oder relative Quotenregelung oder als harte oder weiche  
34          Quotenregelung - abgelehnt; das gilt ganz unabhängig von der Höhe der Quote  
35          und auch unabhängig davon, ob damit ein Mindestmänneranteil oder ein Min-  
36          destfrauenanteil vorgegeben oder herbeigeführt werden soll. Denn Quoten  
37          beseitigen nicht die Ursachen der Benachteiligung, sondern nur ihre  
38          gesellschaftlichen Symptome.  
39
- 40          6. Gleichwohl verkennt die Thüringer FDP nicht, dass derzeit Frauen im  
41          Spitzenmanagement großer Unternehmen, zudem häufig auch in deren mittleren

**24. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen  
am 9. April 2011 in Ilmenau**

Seite 2 von 2

ANTRAG-NR. 20

Antragsinhalt: Chancengleichheit für alle Bürger, aber keine Ergebnisvorgaben, auch nicht durch Geschlechterquoten

Antragsteller: KV Unstrut-Hainich-Kreis

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Management sowie in deren Aufsichtsgremien unterrepräsentiert sind,  
2 gleichgültig ob man als Vergleichsgröße ihren Anteil an der Gesamtbevölkerung,  
3 ihren Anteil an allen Erwerbspersonen oder ihren Anteil an den Beschäftigten des  
4 betreffenden Unternehmens heranzieht. Die Unterrepräsentierung kann  
5 Ausdruck von Benachteiligungen durch das betreffende Unternehmen sein. Sie  
6 kann aber auch Ausdruck von Umständen sein, für die das Unternehmen gar  
7 nichts kann. Es ist deshalb nicht sachgerecht, jedem Unternehmen eine  
8 bestimmte Geschlechterquote aufzuzwingen. Vielmehr befürwortet die Thüringer  
9 FDP folgende - an Empfehlungen des Corporate Governance Kodex  
10 angelehnte - Lösung:  
11  
12 • Börsennotierte Unternehmen werden gesetzlich verpflichtet, einmal im  
13 Jahr gegenüber dem Kapitalmarkt mitzuteilen, welche  
14 Geschlechterquoten oder Geschlechterquotenräume sie betreffend  
15 • der Unternehmensleitung,  
16 • der zweiten Führungsebene und  
17 • des Kontrollgremiums und  
18  
19 mittelfristig erreichen wollen; dabei können sie auch angeben, dass sie  
20 sich kein bestimmtes Ziel gesetzt haben. Für den Fall, dass sie sich  
21 ein Ziel gesetzt haben, werden sie verpflichtet anzugeben, welche  
22 Maßnahmen sie zur Zielerreichung ergreifen wollen.  
23  
24 • Daran anknüpfend werden die börsennotierten Unternehmen  
25 gesetzlich verpflichtet, einmal im Jahr gegenüber dem Kapitalmarkt  
26 mitzuteilen, wie der diesbezügliche Stand der Umsetzung ihrer  
27 Planung ist.

Begründung:

Erfolgt mündlich durch einen Delegierten des Kreisverbandes des Unstrut-Hainich-Kreises.

\*\*\*\*\*

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:

**24. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen**  
**am 9. April 2011 in Ilmenau**

Seite 1 von 2

ANTRAG-NR. 21

Antragsinhalt: Gesundheitspolitik

Antragsteller: Dr. Harald Mertes und KV Jena

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Die betriebliche gesetzliche Unfallversicherung in ihrer gegenwärtigen Form hat sich bewährt
- 2 und soll in ihrer Grundstruktur nicht verändert werden, da ihr System alle Beteiligten
- 3 (Versicherung, Arbeitgeber und Arbeitnehmer) zur Unfallverhütung und damit zur
- 4 Kostendämpfung motiviert. Die Wegeunfälle sind jedoch systemwidrig und sollen in Zukunft
- 5 nicht mehr durch sie versichert werden.

Begründung:

Ein Versicherungsverhältnis in der gesetzlichen Unfallversicherung wird kraft Gesetzes mit dem Abschluss eines Arbeitsverhältnisses begründet. Die Beiträge müssen die Arbeitgeber alleine tragen. Die Höhe dieser Beiträge schwankt zwischen 0,5 % (Berufsgenossenschaft für Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege) und etwa 7 % (Metall) und beträgt im Durchschnitt 1,31 %. Die Beitragshöhe spiegelt damit das durch die Eigenart der Betriebe gesetzte Unfall- und Gesundheitsrisiko wider. Innerhalb der Berufsgenossenschaften werden häufig feinere Abstufungen nach Gefahrenklassen durchgeführt.

Gerade in der Metallbranche gab es in den letzten Jahren Bestrebungen, das Monopol der gesetzlichen Unfallversicherungen zu brechen, um sich bei privaten Versicherungsunternehmen versichern zu können. Man hoffte dabei auch auf eine Reduzierung dieser Kosten, möglicherweise auch durch die dann denkbare Vermischung mit Risiken aus anderen Branchen. Die Sozialgerichte haben diese Klagen alle abgewiesen; der europäische Gerichtshof hat am 5.3.2009 in der Rechtssache C-350/07 das Monopol der gesetzlichen Unfallversicherung in Deutschland für vereinbar mit dem europäischen Recht erklärt.

Die Bundespartei hat sich in ihrem Wahlprogramm für die Bundestagswahl 2009 auf Seite 22 für mehr Wettbewerb und Kapitaldeckung in der Unfallversicherung eingesetzt. Arbeitsunfälle sollten daher von den Unternehmen bei einem von ihnen frei auszuwählenden privaten Versicherungsunternehmen versichert werden. Die Berufskrankheiten mit ihren langen Latenzzeiten sollten weiterhin von den Berufsgenossenschaften versichert werden.

Im Vorfeld gab es im Bundesausschuss Soziales dazu intensive Diskussionen. Die im vorigen Abschnitt zitierte Aussage wurde mehrmals eingefügt, verworfen und wieder eingefügt.

Zweifellos haben Wettbewerbselemente den Charme, effiziente Strukturen zu fördern. Dies ist jedoch nicht immer und überall so. Eine privatisierte Unfallversicherung für Arbeitsunfälle wird auch entscheidende Nachteile haben:

In dem bisherigen System herrscht durch die gesetzliche Begründung eines Versicherungsverhältnisses für Arbeitnehmer wie auch für die im Falle eines Arbeitsunfalls in Anspruch genommenen Helfer (Rettungsdienst, Ärzte, Krankenhäuser und Reha-Einrichtungen) Rechtssicherheit. Die gesetzliche Unfallversicherung wird für die Kosten der Heilbehandlung aufkommen, unabhängig davon, ob der Arbeitgeber seinen Beitrag entrichtet hat oder nicht. Eine private Versicherung kann bei Nichtbezahlung der Beiträge durch den Arbeitgeber nicht zur Leistung verpflichtet werden. Ein Überwälzen des Risikos auf den säumigen Arbeitgeber wird nicht selten diesen überfordern, sofern er sich nicht sowieso in Zahlungsschwierigkeiten

**24. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen  
am 9. April 2011 in Ilmenau**

Seite 2 von 2

ANTRAG-NR. 21

Antragsinhalt: Gesundheitspolitik

Antragsteller: Dr. Harald Mertes und KV Jena

Der Landesparteitag möge beschließen:

und Insolvenzverfahren als Ursache der Nichtzahlung des Beitrags befindet. Letzten Endes hafteten unbeteiligte Dritte dafür. Die privaten Versicherer sehen sich selber nicht in der Lage, das Leistungsspektrum der gesetzlichen Unfallversicherung zu den Beiträgen anzubieten. Zumindest für Teile der Wirtschaft ginge diese Privatisierung daher mit steigenden Kosten einher.

Private Versicherer arbeiten unabhängig voneinander. Sie werden daher nicht in der Lage sein, die bisher sehr erfolgreiche Prävention weiterzuführen. Die Anzahl der Arbeitsunfälle ging dadurch in den letzten Jahren erheblich zurück. Dieses könnte nicht mehr weiter betrieben werden.

Ungelöst sind datenschutzrechtliche Probleme hinsichtlich der sehr sensiblen medizinischen Daten der versicherten Arbeitnehmer.

Die gesetzliche Unfallversicherung versichert hinsichtlich der Arbeitsunfälle im Rahmen der Heilbehandlung gegenwartsbezogene Risiken. Nur bei Arbeitsunfällen mit zurückbleibenden erheblichen Gesundheitsschäden und bei Berufskrankheiten wird eine Rente gezahlt. Daher macht eine Kapitaldeckung nur hinsichtlich der Renten bei durch Arbeitsunfälle bedingten erheblichen Gesundheitsschäden und Berufskrankheiten Sinn. Dies war jedoch im Wahlprogramm umgekehrt vorgesehen: Heilbehandlung privatisieren mit Kapitaldeckung, während Berufskrankheiten weiterhin in der gesetzlichen Unfallversicherung verbleiben, wobei unklar bleibt, ob hier auch Kapitaldeckung vorgesehen ist oder nicht.

Die Arbeitgeber tragen heute alleine die Beiträge zur gesetzlichen Unfallversicherung. Sie organisieren ihre Betriebe und die Arbeitsabläufe darin. Damit setzen sie auch die Risiken, denen die Arbeitnehmer ausgesetzt sind. Diese Begründung greift nicht hinsichtlich der Wegeunfälle. Das Wegerisiko gehört zur Risikosphäre des Arbeitnehmers. Daher sollen die Wegeunfälle aus dem Leistungskatalog der gesetzlichen Unfallversicherung gestrichen werden. Damit erledigten sich auch die vielen Sozialgerichtsverfahren über die Anerkennung eines Umwegs als Wegeunfall. Lediglich vom Arbeitgeber veranlasste Fahrten (Dienstreisen, Rufbereitschaft außerhalb der regulären Arbeitszeit) entstammen der Risikosphäre des Arbeitgebers und verblieben damit unter dem Schutz der gesetzlichen Unfallversicherung.

\*\*\*\*\*

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:

## 24. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen am 9. April 2011 in Ilmenau

Seite 1 von 2

ANTRAG-NR. 22

---

Antragsinhalt: Anpassung Kindertagesstättengesetz

Antragsteller: Dr. Thomas Nitzsche und KV Jena

---

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Die FDP-Landtagsfraktion wird aufgefordert, auf parlamentarischem Weg darauf
- 2 hinzuwirken, dass die Regelungen der 2010 verabschiedeten Novelle zum ThürKitaG an den
- 3 tatsächlichen Bedarf in den Thüringer Kindertagesstätten und an die Finanzlage des Landes
- 4 angepasst werden. Im Interesse von Stetigkeit und Planungssicherheit für die Betroffenen
- 5 (Kommunen, Träger, Kita-Personal, Eltern, Kinder) soll dies mit Augenmaß, unter
- 6 Ausnutzung und ggf. Verlängerung der mit der Novelle beschlossenen Übergangsfristen
- 7 geschehen. Insbesondere sollen folgende Änderungen erfolgen:
- 8     1. Landesweit werden 1.000 zusätzliche Stellen gegenüber dem Status quo ante
- 9        geschaffen.
- 10     2. Der erhöhte Platzbedarf pro Kind wird auf den Status quo ante zurückgeführt, gilt also
- 11        für Kinder bis zur Vollendung des zweiten Lebensjahres (U2).
- 12     3. Die in der Studie „Bedarfsgerechte Personalausstattung in Jenaer
- 13        Kindertagesstätten“ (Prof. Merten, Oktober 2008) vorgesehenen Assistenzkräfte
- 14        finden Eingang in das ThürKitaG.

Begründung:

Im Kita-Bereich hat es in Thüringen zweimal grobe Schief lagen gegeben. Die „Familienoffensive“ war ein Sparprogramm, in dessen Ergebnis die Schlüssel für Vor- und Nachbereitung, Beobachtung, Arbeit am pädagogischen Konzept etc. so weit reduziert wurden, dass qualitativ hochwertige Arbeit am Kind kaum noch stattfinden konnte. Die KitaG-Novelle behebt die Defizite in der Qualität, schießt dabei aber a) über das Erforderliche weit hinaus, und führt dazu, dass b) das Land strukturell und massiv über seine Verhältnisse lebt – und dies auch den Kommunen aufzwingt.

Zu 1. – In der zitierten Studie errechnet Prof. Merten seine Forderung nach 2.000 zusätzlichen Stellen auf Basis einer Befragung, in der Kita-Erzieher die verschiedensten über den Tag hinweg anfallenden Tätigkeiten quantifizieren sollten – innerhalb einer Fünf-Minuten-Rasterung. Für viele Tätigkeiten ist das zu grob, ähnlich wie etwa eine 60s-Taktung bei Telefongebühren. Nicht angemessen berücksichtigt wurde auch, dass einige Tätigkeiten simultan erfolgen können. Diese Großzügigkeit in den Prämissen zieht sich analog und als Folge-Effekt durch die gesamte Studie – bis hin zum Ergebnis, das man, zwar ebenfalls nur grob aber begründet geschätzt, durchaus halbieren kann, ohne deswegen Abstriche bei der Qualität machen zu müssen. Geradezu sinnfälligerweise aus Jenaer Sicht: der aus dem Kommunalen Finanzausgleich für die Stadt resultierende Fehlbetrag wäre auf Basis eines so korrigierten Stellenzieles exakt gedeckt.

Zu 2. – Die sich ergebenden Probleme sind für die einzelne Kita (Familienoffensive) bzw. für die Kommunen (KitaG) verallgemeinerbar, nur als besonders plastisches Beispiel auch hier ein Blick auf die Lage in Jena: Die Stadt gibt für den Bereich Kita inzwischen ein Sechstel ihres gesamten Etats aus (Stand 2010), teils wegen der gegen den demographischen Trend im Land steigenden Kinderzahlen, teils aber auch wegen des Bestrebens, die Gesetzgebung des Landes nicht nachteilig auf die Qualität in den Kitas durchschlagen zu lassen. Die

**24. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen  
am 9. April 2011 in Ilmenau**

Seite 2 von 2

ANTRAG-NR. 22

---

Antragsinhalt: Anpassung Kindertagesstättengesetz

Antragsteller: Dr. Thomas Nitzsche und KV Jena

---

Der Landesparteitag möge beschließen:

aktuelle Bedarfsplanung weist bis 2014 einen nochmaligen Anstieg des Bedarfs um 550 Plätze (11%) aufgrund der Geburtenentwicklung aus (ein vielleicht Jena spezifisches Problem), vor allem aber auch weitere über 900 Plätze allein wegen der von U2 auf U3 angehobenen Altersgrenze für den erhöhten Raumbedarf (ein Problem in ganz Thüringen) – letzteres zwar wegen der Bestandsschutz-Klausel zunächst nur theoretisch, sukzessive wird aber auch dies faktisch in den Bedarfsplänen der Kommunen durchschlagen.

Zu 3. – Eine tragende Säule des Merten-Konzepts war die Einführung von Multiprofessionalität an den Thüringer Kitas, also der ergänzende Einsatz von sogenannten Assistenzkräften a) zur Entlastung des pädagogischen Personals und b) zur Kostendämpfung. Viele der in der zitierten Studie erfassten Tätigkeiten (z.B. Räume lüften, Essenausgabe, Aufsicht bei Mittagsruhe, etc.) müssen nicht zwingend vom pädagogischen Fachpersonal (allein) erledigt, sondern könnten partiell oder ganz an Assistenzkräfte delegiert werden. Diese wären freilich nicht in beliebiger Zahl einsetzbar und in keinem Fall als Ersatz für die Fachkraft zu verstehen (z.B. keine Beaufsichtigung der Kinder nur durch diese, pädagogische Arbeit am Kind immer nur durch Fachpersonal, etc.), könnten aber in der Kita und fiskalisch maßgeblich zur Entlastung beitragen. Dass diese ausgezeichnete Idee keinen Eingang in die KitaG-Novelle gefunden hat, bleibt unerklärlich und ist zu korrigieren.

\*\*\*\*\*

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:

**24. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen  
am 9. April 2011 in Ilmenau**

Seite 1 von 1

ANTRAG-NR. 23

---

Antragsinhalt: Entlastung der Familien bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie

Antragsteller: Thomas L. Kemmerich, Andrei Hesse, KV Erfurt

---

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Die Bundesregierung wird aufgefordert ein Modell zur Entlastung von Familien zu entwickeln,
- 2 bei denen der zweite arbeitsaufnehmende Partner nach Familienzuwachs steuer- und
- 3 sozialrechtlich weitgehend entlastet wird.

Begründung:

Für Familien mit Kindern stellt es ein erhebliches Hindernis dar, ein zweites Arbeitsverhältnis aufzunehmen, da der Zuverdienst der Tätigkeit für zwei vollberufstätige Eltern durch die hohen Sozialabgaben und Kosten für Kinderbetreuung nicht amortisiert wird.

Der Berufseinstieg für den Partner nach der Elternzeit kann erleichtert werden, wenn die Möglichkeit gegeben ist die Familienversicherung beizubehalten, bei beiden Partnern Steuerklasse III anzuwenden und die Arbeitslosenversicherung optional zu gestalten. Dies hätte eine enorme Entlastung der Familien zur Folge. Der Staat verliert dadurch keine Steuereinnahmen, da der Mehrverdienst von den Familien reinvestiert wird und sich das volkswirtschaftliche Einkommen und die Produktivität durch die erleichterte Arbeitsaufnahme des zweiten Partners merklich verbessern würde. Zusätzlich lassen sich bisherige Disparitäten in den beruflichen Laufbahnen und den Löhnen dadurch leichter ausgleichen.

\*\*\*\*\*

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:

**24. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen  
am 9. April 2011 in Ilmenau**

Seite 1 von 1

ANTRAG-NR. 24

---

Antragsinhalt: Betreuungsmöglichkeiten bedarfsgerecht schaffen bzw. ausrichten, um  
„Kind & Karriere“ besser vereinbaren zu können

Antragsteller: Thomas L. Kemmerich, Andrei Hesse, KV Erfurt

---

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Die Landesregierung wird aufgefordert ein Konzept zur bedarfsgerechten Kinderbetreuung
- 2 zu entwickeln, das sich an den beruflichen Realitäten von Familien und
- 3 Lebenspartnerschaften orientiert und eine besondere Berücksichtigung auf flexible bzw.
- 4 ganztägige Kinderbetreuung legt und auch eine Betreuung in den Ferienzeiten und
- 5 Abendstunden beinhaltet.

Begründung:

Der Freistaat Thüringen ist bundesweit zwar auf dem Spitzenplatz bei der Versorgung mit Kinderbetreuungsmöglichkeiten. Allerdings sagt allein die Anzahl von Kindergartenplätzen nichts über den Bedarf bzw. die konkreten Anforderungen an die verschiedenen Betreuungsformen aus. Die Öffnungszeiten von Kindergärten kollidieren zu oft mit den Arbeitszeiten von berufstätigen Eltern. Nur selten und wenn, dann mit erhöhten Kosten, ist es möglich, eine Kinderbetreuung nach 17 Uhr in Anspruch zu nehmen. Zusätzlich zu Brückentagen zeigen sich auch bei mehreren Wochen Ferien im Jahr Lücken in der Betreuung, die durch familiäre Unterstützung nicht immer geschlossen werden können. Die Grenzen der Flexibilität aktueller Betreuungsmöglichkeiten sind im Schichtbetrieb, bei Positionen in Führungssetagen, im Dienstleistungsgewerbe oder bei Alleinerziehenden schnell erreicht. Trotz faktischer Fortschritte in den vergangenen Jahren korrespondieren die Möglichkeiten, Karriere und Familie zu vereinbaren, nicht immer mit der Lebenswirklichkeit bzw. den Anforderungen des modernen Arbeitslebens. Während die aktuelle, öffentliche Debatte um wenige hundert Führungspositionen in Vorständen und Aufsichtsräten börsennotierter Unternehmen kreist, liegen die wahren Herausforderungen für eine gleichberechtigte Bildungs-, Familien- und Arbeitsmarktpolitik darin, den Eltern und Lebenspartnerschaften in Thüringen mit flexiblen und bedarfsorientierten Betreuungsmöglichkeiten die Vereinbarkeit von Kind und Karriere zu erleichtern bzw. zu ermöglichen.

\*\*\*\*\*

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:



**24. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen**  
**am 9. April 2011 in Ilmenau**

Seite 1 von 2

ANTRAG-NR. 25

---

Antragsinhalt: Abschaffung der Verzinsung des Eigenkapitals für öffentlich finanziertes Anlagevermögen

Antragsteller: Kreisverband Erfurt, Steffen Peter

---

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Die FDP Thüringen fordert die Abschaffung der Verzinsung des Eigenkapitals für öffentlich
- 2 finanziertes Anlagevermögen im Rahmen der öffentlichen Haushaltsführungen.
- 3 Die FDP Thüringen fordert die Landtagsfraktion der FDP Thüringen auf, diesbezüglich
- 4 sowohl auf parlamentarischem Wege als auch mittels einer juristischen Prüfung der
- 5 bisherigen Handhabung aktiv zu werden.

Begründung:

Viele Gemeinden und Kreise in Thüringen weisen in ihren Verwaltungshaushalten für gebührenbewehrte Pflicht- und freiwillige Aufgaben Kosten für „Verzinsung Anlagekapital“ aus. Diese Kostenausweisung erfolgt zusätzlich zu der für die Kosten- und Leistungsrechnung relevanten „Kalkulatorischen Abschreibung“ auf das Anlagevermögen.

Diese zusätzlichen Kosten werden im Rahmen der Gebührenkalkulation dann auf die Gebührenschuldner umgelegt. Dies erfolgt z.B. bei Abwasser, Kindergärten, Schulhorten, Musikschulen und vielen weiteren Verwaltungsbereichen. Grundsätzlich stehen dieser Verzinsung keinerlei Gegenleistungen gegenüber, da dieses Anlagevermögen über die Vermögenshaushalte bereits aus öffentlichen Mitteln bezahlt wurde und die Refinanzierung über die kalkulatorische Abschreibung erfolgt.

**Die Verfahrensweise widerspricht somit dem Rechtsgrundsatz, dass Gebühren nur auf Grundlage und im Rahmen der wirklich entstandenen Kosten erhoben werden dürfen.**

Somit bezahlt der Bürger für die Nutzung des von ihm bereits bezahlten Anlagevermögens nochmals Zinsen, die ausschließlich der Finanzierung anderer Leistungen dienen und somit sachfremd sind.

Als rechtliche Grundlage dieser Verfahrensweise wird auf die Verwaltungsvorschrift über die Gewährung von Bedarfszuweisungen nach § 27 ThürFAG (VV-Bedarfszuweisungen) verwiesen. Das Land Thüringen bildet im Rahmen des Thüringer Finanzausgleiches (hier § 27) einen so genannten Landesausgleichsstock, eine Sonderposition für außergewöhnliche Finanzsituationen von Kommunen und Kreisen. Die Voraussetzungen für die Inanspruchnahme dieser Gelder regelt die o.g. Verwaltungsvorschrift. Hier ist dann folgendes festgelegt:

Pkt. 2.2: „Die Gewährung von Bedarfszuweisungen zum Haushaltsausgleich setzt voraus, dass die eigenen Einnahmemöglichkeiten der Gemeinden in zumutbarem Maße ausgeschöpft sind.“ und

Pkt. 2.2.4: „Gebühren oder privatrechtliche Entgelte für kostenrechnende Einrichtungen so festgesetzt sind, dass der höchstzulässige vertretbare Kostendeckungsgrad erreicht wird; zu den Kosten gehören insbesondere auch kalkulatorische Abschreibungen, kalkulatorische Zinsen und innere Verrechnungen; dabei ist der Abschreibungssatz für Gebäude grundsätzlich mit 2 vom Hundert und ein Zinssatz von mindestens 6 vom Hundert anzusetzen.“

**24. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen  
am 9. April 2011 in Ilmenau**

Seite 2 von 2

ANTRAG-NR. 25

---

Antragsinhalt: Abschaffung der Verzinsung des Eigenkapitals für öffentlich finanziertes  
Anlagevermögen

Antragsteller: Kreisverband Erfurt, Steffen Peter

---

Der Landesparteitag möge beschließen:

Auch wenn bei Kommunen und Kreisen keine Inanspruchnahme des Ausgleichsstockes erfolgt oder auch nicht in der mittelfristigen Finanzplanung vorgesehen ist, werden die aktuell nicht notwendigen und somit unangebrachten Zusatzkosten eingeplant und ausgewiesen. Darüber hinaus ist die Festlegung von „mindestens 6 vom Hundert“ offensichtlich willkürlich und bietet sogar eine völlig absurde Erweiterungsoption durch die fehlende Obergrenze.

**Es kommt somit zu einer rechtlich fragwürdigen, nicht sachgerechten und verschleiernden Quersubventionierung von öffentlichen Leistungen und Aufgaben über die gebührenbewehrten Leistungen.**

Dies ist aus finanzpolitischer als auch darüber hinaus aus z.B. familien- und bildungs- politischer Sicht abzulehnen, da es hier zu ungerechtfertigten Belastungen der Gebühren- zahler in z.B. Kindergärten, Schulen und Kinder-Freizeiteinrichtungen kommt.

**Daher bedarf es dringend einer Überprüfung der Rechtmäßigkeit der Festlegungen der Verwaltungsvorschrift, ihrer Umsetzung und der Handhabung in der Haushalts- gestaltung, sowie der Zulässigkeit der Auswirkungen auf die Gebührenerhebung.**

\*\*\*\*\*

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:

**24. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen  
am 9. April 2011 in Ilmenau**

---

Seite 1 von 1

ANTRAG-NR. 26

---

Antragsinhalt: Vereinfachung der Umsatzsteuer

Antragsteller: LFA Steuern und Finanzen, Lutz Recknagel

---

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Die FDP setzt sich für eine durchgreifende Vereinfachung des Umsatzsteuerrechts ein. Als
- 2 Partei der Gerechtigkeit lehnt die FDP Denkverbote ab. Richtschnur bei der Überarbeitung
- 3 sind die Grundsätze einer einfachen und gerechten Steuer, einer angemessen niedrigen
- 4 Belastung und die Vermeidung von Bürokratie bei der Erhebung.

Begründung:

Erfolgt mündlich

\*\*\*\*\*

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:

**24. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen  
am 9. April 2011 in Ilmenau**

---

Seite 1 von 1

ANTRAG-NR. 27

---

Antragsinhalt: Sichere Einnahmequelle für die Kommunen durch Ablösung der  
Gewerbsteuer

Antragsteller: LFA Steuern und Finanzen, Lutz Recknagel

---

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Die Thüringer FDP fordert die Ablösung der Gewerbsteuer zu Gunsten eines
- 2 Hebesatzrechts auf Einkommen- und Körperschaftsteuer für die Kommunen.
- 3 Die Kommission der Berliner Regierungskoalition zur Reform der Gemeindefinanzen wird
- 4 dringend aufgefordert, einen Reformvorschlag vorzulegen, der die Gemeinden mit einer
- 5 verlässlichen Steuerquelle versorgt und die Auswüchse der Gewerbsteuer, etwa die
- 6 Besteuerung von Kosten im Falle von Verlusten verhindert.

Begründung:

Die Gewerbsteuer ist konjunkturabhängig und daher für Kommunen nicht verlässlich. Dies gilt, obwohl man durch systemwidrige Konstruktionen sogar Kosten besteuert und Ertragsteuern auch fällig werden, obwohl Erträge nicht anfallen.

Ersetzt man die Gewerbsteuer durch ein Hebesatzrecht auf Einkommen- und Körperschaftsteuer, so wird die Steuererhebung gleichmäßiger. Zudem hat die Gemeinde einen Anreiz, die Ansiedlung von Personen wie auch Unternehmen zu fördern.

- weitere Begründung erfolgt mündlich -

\*\*\*\*\*

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:

**24. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen  
am 9. April 2011 in Ilmenau**

---

Seite 1 von 1

ANTRAG-NR. 28

---

Antragsinhalt: Solidaritätszuschlag abschaffen

Antragsteller: LFA Steuern und Finanzen, Lutz Recknagel

---

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Die Thüringer FDP fordert die Abschaffung des so genannten Solidaritätszuschlages. Er hat
- 2 seine Funktion für die Finanzierung des Aufbaus nach der Zerrüttung durch die
- 3 Sozialistische Diktatur verloren.
- 4 Das Aufkommen von zur Zeit etwa 12 Milliarden Euro ist durch Steuermehreinnahmen im
- 5 Zuge des aktuellen Wirtschaftsaufschwungs bereits gegenfinanziert.

Begründung:

Erfolgt mündlich

\*\*\*\*\*

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:

**24. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen  
am 9. April 2011 in Ilmenau**

---

Seite 1 von 1

ANTRAG-NR. 29

---

Antragsinhalt: Steuerreform

Antragsteller: LFA Steuern und Finanzen, Lutz Recknagel

---

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Die Thüringer FDP fordert eine umfassende Steuerreform mit dem Ziel der Vereinfachung
- 2 des Steuerrechts sowie der spürbaren Senkung der Belastung der Bürger. Leitschnur ist
- 3 dabei das Reformkonzept "Einfach, Niedrig und Gerecht".
- 4 Einkommensteuer, Unternehmenssteuern, Umsatzsteuer, Erbschaftsteuer sind genauso zu
- 5 überarbeiten wie vermeintliche Bagatellsteuern und in ein schlüssiges und stimmiges
- 6 Steuerkonzept einzubeziehen.
- 7 Einbezogen werden auch die Steuern der Länder und der Kommunen. Eine Steuererhebung
- 8 durch die Europäische Union lehnen wir weiterhin ab.
- 9 Die Reform muss spätestens 2012 wirksam werden.

Begründung:

Erfolgt mündlich

\*\*\*\*\*

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:

**24. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen  
am 9. April in Ilmenau**

---

Seite 1 von 1

ANTRAG-NR. 30

---

Antragsinhalt: Energie

Antragsteller: Mike Wüdsch und Kreisvorstand FDP Gotha

---

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1        1. Die Thüringer FDP gibt alternativen Energieformen zur Energieerzeugung den
- 2        Vorrang vor Kohle-, Gas und Öl.
- 3        2. Die Thüringer FDP stellt fest, dass gerade in Thüringen die Herstellung und
- 4        Erzeugung von alternativen Energien, Energieanlagen und deren Zulieferindustrie ein
- 5        Mittelstandsthema ist und somit der Aufbau und der Ausbau gefördert und unterstützt
- 6        werden muss.
- 7        3. Die Thüringer FDP stellt fest, dass Atomenergie ein zurzeit notwendiges Übel ist und
- 8        die Grundsatzfrage über die sichere Endlagerung des Atommülls dringend gelöst
- 9        werden muss.
- 10      4. Dieser Beschluss wird als Antrag zum nächsten Bundesparteitag gestellt.

Begründung:

Erfolgt mündlich

\*\*\*\*\*

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:

**24. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen  
am 9. April in Ilmenau**

---

Seite 1 von 1

ANTRAG-NR. 31

---

Antragsinhalt: Ausstieg aus der Atomenergie

Antragsteller: Mike Wündsch, Torsten Köhler-Hohlfeld, Jürgen Ehrlich, Mario Peschke,  
Carsten Labsch, Guido Funke, Steffi Ziegenbalg,  
Martin Steinbrück, Bettina Eck

---

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1           1. Die Thüringer FDP will die bestmögliche Investition in Forschung und Entwicklung,  
2           um den schnellstmöglichen Ausstieg aus der Atomenergie zu realisieren.  
3
- 4           2. Der Beschluss wird als Antrag des Landesverbandes Thüringen zum nächsten  
5           Bundesparteitag gestellt.

Begründung:

Erfolgt mündlich

\*\*\*\*\*

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:



**24. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen**  
**am 9. April 2011 in Ilmenau**

Seite 1 von 1

ANTRAG-NR. 32

---

Antragsinhalt: Weg mit den sinnlosen Umweltzonen

Antragsteller: LFA Umwelt, Landwirtschaft, Forsten

---

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Der Landesparteitag beauftragt den Vorstand des Landesverbandes der FDP Thüringen sich
- 2 in der FDP-Landtagsfraktion sowie bei den übrigen 15 Landesverbänden der FDP und dem
- 3 Bundesverband für die Abschaffung der Umweltzonen nach der 35. BImSchV einzusetzen.

Begründung:

Die Beschränkungen der sog. Umweltzonen haben bis heute den wissenschaftlichen Nachweis ihrer Wirksamkeit nicht erbracht. Selbst wohlmeinende Gutachten nennen keine höheren Zahlen, als eine maximal 3%ige Wirksamkeit hinsichtlich der Senkung des Feinstaubanteils in der Luft betroffener Städte (1). Die geringe Größe des Feinstaubes, angereichert um erhebliche Feinstaubanteile aus natürlichen Quellen und die Abhängigkeit des Feinstaubanteils von der Wetterlage und den Windverhältnissen macht zudem eine lokale Bekämpfung völlig sinnlos.

Das hindert aber viele Städte nicht im Rahmen einer mehr symbolischen Umweltpolitik ständig neue Umweltzonen zu errichten und ggf. sogar noch Verschärfungen der Regelungen zu verlangen. Für die von diesen Maßnahmen betroffenen ansässigen Bürger, aber auch für viele Autobesitzer außerhalb solcher Zonen bedeutet die Erteilung der roten oder orangen Plakette eine **kalte und entschädigungslose Enteignung**. Das gilt erst Recht für örtlich ansässige Handwerksbetriebe deren Fahrzeuge in der Regel einen Dieselmotor besitzen. Diese Beeinträchtigungen des Eigentumsrechts sind völlig unverhältnismäßig im Vergleich mit der geringen oder gar nicht gegebenen Wirksamkeit der Umweltzonen.

(1) UWZ-Wirkungsanalyse der Senatsverwaltung Umwelt, Gesundheit Verbraucherschutz Berlin, S. 25, Wert der PM<sub>10</sub>-Belastung -

<http://www.berlin.de/sen/umwelt/luftqualitaet/de/luftreinhalteplan/download/04-15-PK-Umweltzone.pdf> ; zusammenfassend auch

<http://www.welt.de/wissenschaft/article11556601/Umweltzonen-sind-teuer-und-wirkungslos.html> vom 12.12.2010

\*\*\*\*\*

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:

**24. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen  
am 9. April in Ilmenau**

Seite 1 von 1

ANTRAG-NR. 33

---

Antragsinhalt: Umbau des Hochspannungsnetzes für regenerative Ideen erleichtern

Antragsteller: LFA Umwelt, Landwirtschaft, Forsten

---

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Die FDP Thüringen spricht sich
- 2 • für ein erleichtertes Planungs- und Baurecht von Hoch- und
- 3 Höchstspannungsleitungen aus.
- 4 • für die Einführung von Ausgleichsmaßnahmen beim Leitungsbau dergestalt aus, dass
- 5 für Erneuerung, Aufrüstung oder Neubau solcher Leitungen entsprechende Anteile
- 6 bereits bestehender oder der erneuerten, aufrüsteten oder neu gebauten Leitung
- 7 als Erdkabel in und um Siedlungsgebiete oder wertvolle Landschaftsbestandteile
- 8 herum ausgeführt werden müssen. Das Verhältnis von Ausgleichsmaßnahmen zum
- 9 Leitungsbau soll sich in den aktuellen Mehrkosten für ihr Kabel orientieren.

Begründung:

Im Zusammenhang mit der verstärkten Einführung regenerativer Energien in das vorhandene Leitungsnetz wachsen in diesem die Probleme mit der von Wind und Licht abhängigen schwankenden Einspeiseleistung. Dies kann im Extremfall zum Zusammenbruch des Netzes durch Überhitzung u.a. führen. Aus diesem Grund bescheinigt das Gutachten der Deutschen Energieagentur (DENA, Netzstudie II) die Notwendigkeit 3.600 km Hoch- und Höchstspannungsnetz neu bauen zu müssen. Die Planung und Genehmigung bedingten derzeitigen Bauzeiten von teilweise mehr als einem Jahrzehnt stehen einer beschleunigten Einführung weiterer regenerativer Energiekapazitäten entgegen.

Um andererseits einer zunehmenden „Verkabelung“ des Landschaftsbildes zu vermeiden und die Akzeptanz der notwendigen „Stromtrassen“ deutlich zu verbessern, bedarf es der Einführung einer Ausgleichsmaßnahme für die Erneuerung, Aufrüstung oder den Neubau solcher Leitungen. Dies soll durch zwingend vorgeschriebene Ausführung zusätzlicher Erdverkabelung in und um besiedelte Gebiete herum erfolgen, um wenigstens dort, wo Menschen zu Hause sind und mit dem Anblick zahlreicher weiterer Masten künftig leben müssten, eine angepasste Bauweise zu garantieren und so auch Alttrassen zukünftig verstärkt unter die Erde zu bekommen. Da Erdkabel zurzeit deutlich teurer sind als Freileitungen soll der Anteil der Ausgleichsmaßnahmen im Verhältnis zu den aktuellen Mehrkosten einer Erdverkabelung stehen. Damit ist sichergestellt, dass der Versorger durch die aufwändigere Erdverkabelung nur in wirtschaftlich angemessener Weise belastet wird.

\*\*\*\*\*

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:

**24. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen  
am 9. April in Ilmenau**

Seite 1 von 1

ANTRAG-NR. 34

---

Antragsinhalt: Einheitliche Sicherheitsstandards für Kernkraft in Europa

Antragsteller: Franka Hitzing, Patrick Kurth

---

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Innerhalb der Europäischen Union müssen für Kernkraftwerke und die mit Kernbrennstoffen
- 2 arbeitenden Stellen kurzfristig einheitliche Sicherheitsstandards auf höchst möglichem
- 3 Niveau eingeführt werden.

Begründung:

Bisher sind die Sicherheitsstandards für die Anwendung von Kernkraft in den Staaten der europäischen Union nationale Angelegenheit. Das ist, angesichts der bedeutenden Unfälle mit Kernkraftwerken (Tschernobyl, Fukushima Daiichi), einer Reihe von Beinahe-Unfällen seit Beginn der zivilen Nutzung der Kernenergie und der Grenzenlosigkeit der Folgen, nationale Kleinstaaterei mit nicht absehbarem Risiko für ganz Westeuropa. Wenn schon nicht alle Mitgliedstaaten der Union bereit sind auf die Nutzung der Kernkraft zu verzichten, so müssen im Interesse der Menschen in Europa zumindest einheitliche Sicherheitsstandards auf höchst möglichem Niveau gelten.

\*\*\*\*\*

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:

**24. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen  
am 9. April in Ilmenau**

Seite 1 von 1

ANTRAG-NR. 35

---

Antragsinhalt: Ausgleichspflanzungen extensiv nutzen – Energieholz gewinnen

Antragsteller: Dirk Bergner und Paul Gellner

---

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Die FDP Thüringen setzt sich dafür ein, dass Pflanzungen, die nach dem Naturschutzrecht
- 2 im Rahmen von Ausgleichs – und Ersatzmaßnahmen als Begleitgrün von Gewässern und
- 3 Wegen erfolgen, extensiv genutzt werden können. Voraussetzung dafür ist, dass bei der
- 4 beschriebenen extensiven Nutzung ein angemessener Zuschlagsfaktor zu dem ohne
- 5 Nutzung vorgeschriebenen Kompensationsumfang festgesetzt wird. Da in diesem
- 6 Zusammenhang Bundesrecht berührt wird, beauftragt der Landesverband die
- 7 Bundesparteitagsdelegierten, entsprechend auf dem Bundesparteitag aktiv zu werden.

Begründung:

Bei extensiver Nutzung von Gehölzen in Grüngürteln an Gewässern und Wegen kann unter Sicherstellung der Naturschutzziele Energie – und Nutzholz gewonnen werden, beispielsweise für die Bereitstellung von Kaminholz, die Herstellung von Pellets, Holzbriketts oder auch als Rohstoff für Biogasanlagen. Zugleich ist zu prüfen, ob derart extensiv genutzte Flächen als Land – und Forstwirtschaftsflächen geführt werden können, so dass die Bereitschaft, Flächen für Ausgleichs – und Ersatzmaßnahmen zur Verfügung zu stellen, gefördert und nicht bestraft wird. Zugleich wird die energiepolitische Programmatik der FDP im Sinne eines leistungsfähigen Energiemixes (vgl. Bundesparteitag 2006, Rostock) gestärkt.

Durch Einführung eines angemessenen Kompensationsfaktors > 1 zusätzlich zur Biotopwertigkeit eines vergleichbaren, nicht genutzten Biotoptyps bei der Ausgleichs – und Ersatzbilanzierung für extensiv genutzte Flächen kann zudem im Interesse einer gestärkten Biodiversität ein entsprechender Flächenzuwachs erzielt werden. Somit steht liberale Energie – und Umweltpolitik dafür, Menschen nicht zu reglementieren, sondern mit auf den Weg zu nehmen.

\*\*\*\*\*

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:

**24. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen  
am 9. April in Ilmenau**

---

**Änderungsantrag zu Antrag-Nr: \_\_\_01\_\_\_**

---

**Antragsinhalt:** Ergänzung des „Programmatischen Zielpapiers“ um die ausdrückliche Benennung und Darstellung der 1948 gegründeten Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NDPD)

**Antragsteller:** Kreisverband der FDP Saalfeld-Rudolstadt

---

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 **Änderungen:**

2 Das „Programmatische Zielpapier“ ist wie nachstehend zu ergänzen:

3

4 Absatz „Liberale Wurzeln in Thüringen“ :

5 – Einfügen eines neuen Punktes nach Pkt. 3:

6 „Die 1948 auf Betreiben der SED und der sowjetischen Besatzungsmacht als zweite

7 liberale Partei in der SBZ gegründete NDPD integrierte neben der LDP zunächst

8 ehemalige NSDAP-Mitglieder und Wehrmichtsangehörige und später auch einbürgerlich

9 städtische Mittelschichten

10

11 – Ergänzung Punkt 5, nach Zeile 2:

12

13 ..., ohne politische Verantwortung in der NDPD und in der DDR-LDPD zu übernehmen,...

**Begründung:**

Am 28. März 1990 schlossen sich in der noch existierenden DDR die LDPD und NDPD zum „Bund Freier Demokraten“ (BFD) zusammen. Die FDP Thüringen entstand genau vier Monate später, am 28. Juli 1990, aus dem Zusammenschluss des BFD, der F.D.P. In der DDR sowie der Deutschen Forumpartei Deutschlands in Weimar. Von all diesen institutionellen Gründungssträngen der Thüringer FDP besaß die NDPD zweifellos die am stärksten ausgeprägte Nähe zum DDR-System.

Auf Betreiben der SED und der sowjetischen Besatzungsmacht wurde sie mit der Absicht ins Leben gerufen, zunächst ehemalige NSDAP-Mitglieder und Wehrmichtsangehörige, später dann die kleinbürgerlich-städtischen Mittelschichten in das politische System der SBZ/DDR zu integrieren.

Den überwiegenden Anteil der Mitgliedschaft stellten dabei die national-konservativen Angehörigen des Mittelstandes. Ende der 1980er Jahre gab es in der DDR etwa 110 00 Mitglieder, die sich wie die Mitglieder der LDPD eine Nische geschaffen hatten, der Mitgliedschaft in der SED zu entgehen.

Mit der politischen Wende 1989 trat die NDPD am 07.12.1989 aus dem Demokratischen Block aus und war mit am Runden Tisch vertreten.

**24. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen  
am 9. April in Ilmenau**

---

**Änderungsantrag zu Antrag-Nr: \_\_01\_\_**

---

**Antragsinhalt:** Ergänzung des „Programmatischen Zielpapiers“ um die ausdrückliche Benennung und Darstellung der 1948 gegründeten Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NDPD)

**Antragsteller:** Kreisverband der FDP Saalfeld-Rudolstadt

---

Der Landesparteitag möge beschließen:

Es kann daher keinesfalls bei der geschichtlich-historischen Aufarbeitung der Wurzeln liberaler Politik Thüringens die Rolle der NDPD-Mitglieder ignoriert werden und die liberale Entwicklung Thüringens auf Leistungen von LDP/LDPD-Mitgliedern reduziert werden.

Eine Darstellung liberaler nach-DDR-Entwicklung ohne NDPD-Beteiligung wäre eine Verzerrung der politisch-historischen Tatsachen und ein Affront gegenüber den ehemaligen NDPD-Mitgliedern, welche sich aktiv-inhaltlich in das Parteileben der FDP Thüringens einbringen und eingebracht haben.

\*\*\*\*\*

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen: